

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

24 (29.1.1925)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Ruhestunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.- M mit, 90 S ohne Zustellung. Einzel-
preis 10 S. Samstags 15 S. — Anzeigen: die einseitige Spaltenzeile 20 S.
auswärts 25 S. Reklamen 80 S. Annahmefrist 8 Uhr vormittags.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle
u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher:
Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 431.

Schriftleitung: Georg Schäfflin; für die Redaktion verantwortlich
Hermann Kober; für den Anzeigenteil Gustav Krüger.
Druck und Verlag von G. & C. in Karlsruhe.

An die Partei! Parteigenossinnen und -Genossen!

Zum Kampf rufen wir Euch!

Trotz des republikanischen Wahlsieges, trotz des Aufstiegs
der Sozialdemokratie haben die politischen Falschmünzer
der Deutschen Volkspartei im Reich die Regierung des
Rechtsblods erschaffen. Die Feinde der Republik, die Gegner
der Politik der Völkerverständigung, die härtesten Vertreter
der sozialen Reaktion beherrschen jetzt die Reichsregierung.
Schwerindustrie und Junkertum haben sich vereinigt, um die
Lohnverteilung nach ihren Interessen zu regeln. Stillstand
der Sozialpolitik, Kampf gegen den Achtstundentag, Teuerung
durch Eisenzoll und Brotwucher, Massenbelastung statt Beste-
steuern — das ist das wahre Programm der Rechtsregierung.
Deshalb mußte die Sozialdemokratie unter allen Umständen
aus der Regierung ferngehalten werden. Jetzt gehen die
Reaktionäre daran, ihr Werk zu vollenden. Sie haben

in Preußen das Ministerium Braun gestürzt

Zum festen Bollwerk der deutschen Republik hat Severina
das preußische Innenministerium gemacht. An ihm zerfiel
der Antium der monarchistischen Diktaturpolitik wie der kom-
munistischen Falschmünzer. In dieses Bollwerk wollen jetzt die
Deutschnationalen eindringen und die Volksparteier halten
ihnen die Sturmleiter. Sie haben das Reich, sie haben
Sachsen, Württemberg, Thüringen, Mecklenburg, Braun-
schweig. Sie wollen jetzt Preußen.

Ein eiserner Keil soll atemraubend die junge deutsche
Republik umschneiden.

Die Reaktionäre wissen was sie wollen. Es gilt, in
Preußen den alten Kasernenstaat wieder herzustellen,

die alte Junkerherrschaft

wieder aufzurichten. Sie wollen die Herrschaft über die Ver-
waltung und damit über die Staatsmacht. Keine Arbeiter
und Angestellten, keine Republikaner mehr in der Verwal-
tung! Kein Beamter, kein Richter, der nicht der konservativen
Parteiorder pariert! Im Reich die Verhängungsgewalt der
Reaktionäre über Steuern, Zölle, Arbeitslohn und Arbeits-
zeit — in den Ländern uneingeschränkte Herrschaft über
die Verwaltung. Dann ist die Republik ihres politischen
und sozialen Inhalts beraubt. Die alte Klassenherrschaft ist
wieder da und die erste Etappe auf dem Wege zur Monar-
chie erreicht.

Parteigenossen! Eins dürft Ihr nicht verpassen! Nie
wäre den Reaktionären der Angriff im Reich, der Sturz von
Braun und Severina in Preußen gelungen ohne die aktive
Unterstützung der Kommunisten. Die Macht der Rechten war
erschwächt durch die Stimmen der Kommunisten; nur mit
ihnen verlor sie über die Mehrheit. Der angebliche Vor-
schritt des revolutionären Proletariats ist zum wirklichen
Vortritt des Großkapitals und des Großgrundbesitzes, zum
Sturmtrupp der Deutschnationalen und der Volkspartei ge-
worden.

Berlin, den 27. Januar 1925.

Am Schluß der Landtagsitzung, in der Severina
fiel, veranstalteten die Kommunisten nach Indianerart ihren
Kriegstanz. Böltische und Deutschnationale johlten Beifall.
Sie wußten warum.

Jede kommunistische Stimme konnte als deutschnationale gezählt werden!

Sähen anstelle der Kommunisten sozialdemokratische Ar-
beitervertreter, nie hätte die Reaktion diesen Sieg errungen,
nie hätte man wagen dürfen, die Ausschaltung der arbeitenden
Klassen aus Reichspolitik und Staatsverwaltung als Ziel zu
verfassen. Als stempellose Selbstschelmer der schlimmsten
Arbeiterfeinde, als Wegbereiter der Monarchisten und Natio-
nalisten sind die Kommunisten entlarvt. Vergeßt es nicht und
handelt danach!

Parteigenossinnen und Genossen! Fürchtbar ernst ist die
Situation. Das Vertrauen, das die von uns unterstützte
Außenpolitik des Reichstänalers Marx Deutschland erworben
hatte, ist vergebend. Schwere Wollen ballen sich zusammen.
Die Wirtschaftsverhandlungen stöden. Die Räumung der
Kölner Zone ist hinausgeschoben. Die Befreiung von Ruhr
und Rhein droht sich zu verzögern. Der dringend notwendige
Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wird aus Angst
vor den Nationalisten unterlassen.

In der Innenpolitik stehen der Arbeiterklasse schwere
Kämpfe bevor. In den Vordergrund stellen wir den

Kampf um den Achtstundentag!

Wir fordern die Ratifikation des Abkommens von Washing-
ton und ein Arbeitseinstieg, das den Achtstundentag wieder
herstellt.

Die Neuordnung der Finanzen ist unaufschiebbar. Der
fortschreitende Abbau der Besteuerungen durch den Finanz-
minister Luther kündigte bereits die Absichten des Reichs-
kanzlers an. Um eine gerechte Steuerverteilung werden wir
ringen müssen, wenn die Lage der arbeitenden Klassen nicht
weitere Verschlechterung erfahren soll. Eine Lösung der
Aufwertungsfrage, die den armen Exportvorkriten Hilfe bringt,
wollen Landbund und Reichsverband der Industrie, die Geld-
geber und Herren Rechtsparteien, verhindern. Die deutsch-
nationalen Wahlversprechungen werden sich bald als dema-
gogischer Volksbetrug entbüllen. Großkapital und Großgrund-
besitz rücken zum neuen Bestes. Eisen- und Getreidezölle
sollen den Schwerindustriellen und Junkern Extraprofitte und
erhöhte Rente schaffen auf Kosten der arbeitenden Klassen,
zum Schaden unserer Fertigung und Exportindustrie und unserer
wirtschaftlichen Entwicklung.

Parteigenossen! Die letzten Entscheidungen hängen ab
von den Machtverhältnissen im Volke, von dem Willen der
Wähler. Wir Sozialdemokraten müssen stärker werden, der
Aufstieg der letzten Wahlen muß fortgesetzt und beschleunigt
werden!

Eine Flut von Verleumdungen und Verdächtigungen

hat schon die letzte Wahl gebracht. Es war vergebens. Eine
neue Schlammflut wälzt sich jetzt heran. Laßt Euch nicht ver-
wirren! Das Spiel ist durchsichtig genug. Aber Ihr kennt
Eure Feinde und je mehr sie verleumden, desto fester werdet
Ihr zu Eurer Partei stehen!

Erstarken müssen wir! Wenn wir schwach sind, dann tre-
ten sie Euch; wenn wir stark sind, dann beugen sie sich.
26 Prozent der Wähler haben bei den letzten Wahlen für die
Sozialdemokratie gestimmt, 9 Prozent für die Kommunisten.
Verlorene Stimmen der Arbeiterklasse! Die gilt es wieder
zu holen!

Die Selbstentlarvung der Kommunisten

muß jedem Sozialdemokraten Ansporn sein, in Werkstatt und
Betrieb vom Initiator für die Partei zu werden. Am Ringen
um die Seele jedes einzelnen Klassenangehörigen muß die Sozial-
demokratie die weichen, demokratisierten, kommunistischen
Saxen zur Auflösung bringen. Sie muß die Einheit der
Arbeiterbewegung unter ihrem Banner verwirklichen. Doch
täuschen wir uns nicht! Hunderttausende, die nach ihrer
wirtschaftlichen Lage zu uns gehören, haben in der Zeit der
Inflationsnot verweilt und hoffnungslos der Reaktion
ihre Stimme gegeben. Auch sie müssen gewonnen werden für
das kämpfende Heer der Sozialdemokratie! Das erfordert, daß
jeder, der den Kampf um die Republik, den Kampf um den
Achtstundentag, den Kampf um unsere großen Ziele wirklich
führen will, als zuverlässiger Mitkämpfer in unsere Organi-
sation eintritt und Leser der sozialdemokratischen Zeitung
wird. Lebt vom Genese! Das Großkapital hat seine In-
flationsgewinne nicht zuletzt dazu benutzt, die Presse sich bei-
mäßig zu machen. Wollt Ihr den Kampf heuerlich führen,
dann müßt Ihr dafür sorgen, daß der Presse des Großkapitals
und des Landbundes

Die sozialdemokratische Presse als ebenbürtige Macht

gegenübersteht. Deshalb mit aller Kraft an die Arbeit zur
Stärkung der Organisation, zur Stärkung unserer Presse!

Parteigenossen und -Genossinnen! Schwere Gefahren
drohen der Republik, den politischen Rechten und den sozialen
Ertragenschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten.
Aber noch hat die Reaktion ihre Stellung nicht befestigt, hat
sie die Staatsmacht nicht sicher in Händen. Wir dürfen Ihr
nicht Zeit zur Sammlung und Festigung geben! Die Sozial-
demokratie hat gegen die Rechtsregierung den härtesten Kampf
aufgenommen. Sie wird ihn zu führen wissen. Aber die letzte
Entscheidung liegt bei Euch, den republikanischen Massen,
der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

An Euch ergeht unser Kampfaufruf! An die politische, an
die organisatorische Arbeit!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Um die Wiederherstellung des 8-Stundentages

Eine energische Entschließung des A.D.G.B.

Berlin, 28. Jan. Auf der 15. Tagung des Bundes-
auschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
wurde eine Entschließung zur Arbeitseinstiegfrage angenommen,
in welcher der Bundesauschuß sein Betremden darüber aus-
spricht, daß die Reichsregierung trotz ihres Beschlusses vom
2. August 1924 das Washingtoner Abkommen über den Acht-
stundentag noch nicht ratifizierte. Diese Unterlassung wie auch
die verzögerte und langsame Durchführung des § 7 der noch
geltenden Arbeitszeitverordnung sehen erkennen, daß der
Reichsregierung der erste Wille fehle, den gesetzlichen Acht-
stundentag wieder herzustellen. Der Bundesauschuß erhebt
Protest gegen diese Verschleppung, die sowohl für die deut-
schen Arbeiter wie für das Ansehen Deutschlands in der Kul-
turnwelt unerträglich sei. Der Bundesvorstand wird beauf-
tragt, Vorbereitungen für die Herbeiführung eines Volks-
entscheidendes zu treffen, damit auf diesem Wege die Reichsregie-
rung zur Wiederherstellung des Gesetzes über den Achtstun-
dentag gezwungen werde.

Siegerländer Kommunistenprozess

Leipzig, 28. Jan. In dem Prozeß gegen die Siegerländer
Kommunisten wurde vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts das
Urteil verkündet. Der Hauptangeklagte Künast erhielt 4 Jahre
Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe, der Angeklagte Schramm
2 Jahre 6 Monate Gefängnis, 500 Mark Geldstrafe, der Ange-
klagte Krüger 3 Jahre 6 Monate Gefängnis, 600 Mark Geld-

strafe, der Angeklagte Becker 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, 500
Mark Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnis-
strafen von 1 bis 2 Jahren und entsprechende Geldstrafen.
Gegen Künast ist außerdem auf Ausweisung aus dem Reichs-
gebiet erkannt worden. Die Verurteilung erfolgte wegen Ver-
gehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik in Lateinheit
mit Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens, bei
einigen Angeklagten in Lateinheit mit Verbrechen gegen das
Sprachengesetz, sowie wegen Diebstahls.

Ableben eines chinesischen Staats- mannes

Der Präsident der südchinesischen Republik Dr. Sunjatsien
ist am Leberkrebs gestorben. Die Operation hat die hoffnungs-
los schwere Krankheit nicht beseitigen können. Mit ihm ist einer
der fähigsten Staatsmänner des modernen China und der zahl-
lose Vorämpfer für die wirtschaftliche und verkehrstechnische
Aufschließung des chinesischen Reiches und seiner Bodenschätze
aus dem Leben geschieden. Sunjatsien hatte u. a. als erster ein
vollkommenes System chinesischer Verkehrsanlagen durch Hafen-
bauten, Schiffahrtskanäle, Stromregulierungen und Eisenbah-
nen für das ganze chinesische Reich entworfen.

Deutschlands Wille, an der Sicherheit Frankreichs mitzuarbeiten

Sowohl der Londoner „Daily Express“ wie der Pariser
„Matin“ beschäftigen sich mit dem Gerücht einer deutschen
Mission zur endgültigen Lösung der Frage der Sicherheit Frank-
reichs. Das letztgenannte Blatt weiß sogar zu melden, daß die
Ueberreichung einer diesbezüglichen Note zu erwarten sei.

Die Mitteilungen werden von den Berliner Blättern als
unzutreffend bezeichnet. Die Reichsregierung sei sich wohl ganz
genau über die Bedeutung, die die Lösung der Sicherheit
Frankreichs für die Entwicklung der europäischen Politik besitzt.
Dem Gedanken, Sicherheitsgarantien für den Frieden zu schaf-
fen, stehe sie nicht nur sympathisch gegenüber, sondern habe auch
ihre bereits sehr reale Interessen an seiner Verwirklichung. Das
Sicherheitsproblem greift jedoch in alle schwebenden Fragen so
tief ein, daß es augenblicklich nicht möglich sein dürfte, in einer
kurzen Formel die beste Lösung des Problems zu finden. Die
Reichsregierung sei aber entschlossen, an der Lösung des Pro-
blems positiv mitzuarbeiten.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich

Die französische Antwort auf die Anfragen, die die deutsche
Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen in Paris am
Freitag gestellt hatte, wird von den Berliner Blättern als sehr
unbefriedigend bezeichnet. Die französischen Angehörigen
seien so minimal, daß es der deutschen Wirtschaft unmöglich er-
scheine, sie anzunehmen. Der französische Handelsminister habe
für das vorgeschlagene Provisorium Listen aufgestellt, auf
Grund deren nur für solche Waren der französische Minimal-
zolltarif Anwendung finden solle, die für eine Ausfuhr nach
Frankreich kaum in Frage kommen, während diejenigen Waren,
an deren Ausfuhr die deutsche Wirtschaft interessiert sei, unter
den erhöhten Zertverträgen fielen. Wie die Blätter bemerken,
wird eine Entscheidung über die französischen Vorschläge erst
nach der Beiderhaltung des Staatssekretärs Tzandelenburg
an das Reichsministerium zu erwarten sein.

Herriot verteidigt seine Außenpolitik Bedenkliche Anspielungen auf das linke Rheinufer — Der Rhein soll für immer die Sicherheit Frankreichs garantieren

Paris, 28. Jan. Die Kammer legte heute die Beratung des Budgets für auswärtige Angelegenheiten in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Herriot fort. Der Abgeordnete und ehemalige Vorsitzende der Repts, Dubois, erklärte in einer Besprechung der interalliierten Schuldenfrage, daß Frankreich seine Schulden in keiner Weise ablehne, sondern nur eine unterschiedliche Behandlung gemacht wissen wolle; in Handelsschulden und in politischen Schulden bei Amerika. Darauf beschätzte er sich mit den Vorfällen des Dawes-Planes und erklärte, daß, selbst wenn Deutschland jähle, Frankreich in Ausführung dieses Planes nur etwa 1,5 Milliarden Goldmark erhalten würde. Wenn Deutschland an Frankreich das bezahlt habe, was es schulde, werde Frankreich auch seinerseits seine Pflicht tun und seine Gläubiger in weitestem Maße befriedigen. Dubois suchte ferner darzulegen, daß Frankreich so gut wie nichts an Reparationen erhalten habe. Während es von Deutschland 144 Millionen Goldmark erhalten habe, habe es selbst an Deutschland auf Grund des Spaarg-Abkommens 232 Millionen Goldmark vorausgezahlt, also mehr, als es selbst erhalten habe.

Ministerpräsident Herriot greift wiederholt in die Debatte ein, um zu beweisen, daß seiner Regierung nicht der Vorwurf gemacht werden könne, Frankreichs Interessen preisgegeben zu haben. Herriot ging nacheinander auf die Politik Frankreichs gegenüber Deutschland ein und erklärte, Deutschland habe eine Note über die Kriegsverantwortlichkeit angefordert. Wenn diese Note abgelehnt würde, würde er sie nicht annehmen. Diese Entschlossenheit habe es verhindert, daß diese Frage aufgeworfen wurde. Die französische Regierung habe absondern die Note über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erhalten. Sie habe geantwortet, daß sie nur Vorteile erkennen könne, wenn Deutschland in diesen eintrete, aber unter der Bedingung, daß Deutschland keine Vorzugsbehandlung verlange.

Auf einen Zwischenruf von Herriot erklärte er, er werde über das Kontrollrecht sprechen, wenn der Vork von Genf im französischen Parlament diskutiert werden würde. Aber er lämte schon jetzt sagen, daß die französische Delegation triumphierte. Der Präsident der Kontrollkommission in Deutschland, die vom Völkerbund eingesetzt wurde, würde ein Franzose sein. Ferner habe er den Obersten Rat der nationalen Verteidigung damit beauftragt, die Frage der Sanktionen jetzt zu studieren. Es sei ein Plan entworfen worden, den er jetzt der Kammer noch nicht mitteilen könne. Herriot wandte sich dann der Frage der interalliierten Schulden zu. Er erklärte, Frankreich wolle seine Schulden nicht ablehnen, aber es habe auch das Recht zu erklären, daß es einen Appell an die Solidarität seiner Alliierten richten dürfe. Es wäre ungerecht, wenn man nicht die Lage Frankreichs in Rechnung stellen wolle. Die Summen, die man Frankreich während des Krieges vorgeschossen habe, hätten es ihm gestattet, sich zu verteidigen. Herriot besprach dann die Frage der Rückzahlung der Münzer Zone. Er erklärte, die Politik der französischen Regierung verlange, ein Einverständnis mit den Alliierten zu erzielen. Niemals seien die Beziehungen zwischen Frankreich und England besser und herzlicher gewesen als jetzt. Niemals habe man auf beiden Seiten besser als jetzt begreifen, daß die Entente zwischen Frankreich und Großbritannien unerschütterlich sei. Herriot verlas sodann zahlreiche Dokumente über die Arbeitsmethoden der Kontrollkommission. Er betonte, am Rhein liege die letzte Bedingung für die Sicherheit Frankreichs. Wenn Frankreich am Weltfrieden mitarbeiten solle, dann müsse zuerst seine Sicherheit garantiert sein. Herriot untersuchte dann die Bestimmungen des Vertrags von Versailles und setzte ihnen die angeblichen deutschen Verletzungen gegenüber. Er sprach von der Ausbildung junger Meuterei- und Reservisten. Eine der ersten Fragen sei die Frage der deutschen Polizei. Im Jahre 1913 habe die deutsche Polizei 50 000 Mann Kommunalpolizisten und 27 000 Staatspolizisten umfaßt. Im weiteren Verlaufe seiner Rede gab Herriot der Befürchtung Ausdruck, daß Frankreich 1920 einem Märdere Deutschlands zum Opfer gefallen sei. Deutschland habe damals gebietet, die Stärke seiner Reichswehr von 100 000 auf 200 000 erhöhen zu dürfen. Das sei ihm verweigert worden. Die Alliierten hätten indes gestattet, seine Polizei von 90 000 Mann auf 150 000 Mann zu erhöhen, aber verlangt, daß sie keinen militärischen Charakter tragen dürfe. Deutschland habe diese Verpflichtung nicht erfüllt. An die Stelle der alten Polizei sei eine Polizei militärischen Charakters getreten, deren Revolver und Maschinengewehre auch für das Meer nutzbar gemacht werden könnten. Die Schube umfasse 5000 Offiziere des alten Heeres und unterhalte einen Generalstab im Ministerium des Innern. In Bezug auf den Stand der deutschen Entwaffnung erinnerte Herriot daran, daß durch die Kontrollkommission 37 000 Kanonen, 87 000 Maschinengewehre, 4 500 000 Gewehre und 85 Millionen Patronen zerstört worden seien. Das Deutschland zurückgehalten habe, wisse man nicht. Man könnte es aber daran erkennen, was man entdeckt habe. Die Militärfabriken in Spandau und anderswo hätten Waffen und Maschinen in Menge hergestellt. Krupp habe sich bisher geweigert, Maschinen zur Herstellung weitrtragender Geschütze zu zerstören. Auch habe man die Reichswehr und die Reservisten in Deutschland wieder hergestellt. Deutschland habe entgegen dem Versailler Vertrag seinen Generalstab wieder hergestellt unter der Leitung eines Generalstabschefes, mit einer außerordentlich vollkommenen Technik. Ministerpräsident Herriot erwähnt dann eine angebliche Äußerung des Generals von Seeck, die militärischen Führer hätten sich darauf vorbereitet, eine mächtige moderne Armee zu beschließen. Der alte militärische Geist sei in Deutschland nicht verschwunden. Man müsse die politische Lage in Deutschland in Rechnung stellen. Die Reichstagswahlen könnten nicht als ein Ausschlag ins Gesicht Frankreichs bezeichnet werden, jedoch habe die Rechte an Stimmen gewonnen. Allerdings hätten auch die Sozialdemokraten mehr Stimmen erhalten, aber könne man behaupten, daß ihr Erfolg die Kräfte der militärischen Reaktion neutralisierten? Bei den Alldeutschen und den Rechtsparteien wettete man fortwährend gegen den Versailler Friedensvertrag. Während zwischen Frankreich und Deutschland nur von wirtschaftlicher Annäherung gesprochen werden sollte, antwortete man Frankreich mit höfzerfüllten Worten. Das sage ich unseren Alliierten und Freunden auch in Italien. Die österreichischen Sozialdemokraten haben uns gesagt, daß Deutschland ihr Land annektieren wolle. Man müsse sich in Acht nehmen vor Jenen, die in Bayern auf Hippopotamie heranzuschleichen, welche für den großen Weltkrieg mitverantwortlich sind.

Herriot wandte sich sodann gegen die Behauptungen des ehemaligen Vorsitzenden der Reparationskommission Dubois und erklärte: Die verschiedenen Regierungen, die in Frankreich aufeinander gefolgt sind, waren gezwungen, die Rechte Frankreichs einzuschränken. Als ich zur Regierung kam, habe ich alles mögliche getan, um das zu retten, was von diesen Rechten noch übrig geblieben ist. Ich hatte aber im August vorigen Jahres, als ich in die letzte Periode der Londoner Verhandlungen eintrat, fast keinen Trumpf mehr in der Hand, um die entstandenen Schwierigkeiten zu beseitigen. Sie loben immer nur die Ruhrbesetzung; gewiß, ich erkenne an, daß unsere Soldaten und Ingenieure trotz der Schwierigkeiten, die man ihnen bereitete, ihre Pflicht getan haben. Aber es ist leicht zu beweisen, daß die Ruhrbesetzung uns weniger eingebracht hat, als die Seeflieferungen, die zu unserer Verfügung gewesen waren und die entgegenzunehmen wir uns geweigert haben. Man kann die Ruhrbesetzung vom Reparations- und vom Sicherheitsstandpunkte betrachten. Was den letzteren anbetrifft, so frage ich Sie, wie man ohne Einschränkung und ohne Hintergedanken den Dawesplan hätte annehmen und zu gleicher Zeit die Ruhrbesetzung fortführen können. Meine Regierung hat eine schwere Erbschaft angetreten; deshalb muß ich für allemal mit der Legende gebrochen werden, daß die Ruhrbesetzung außer den Reparationen auch noch die Regelung der interalliierten Schuldenfrage hätte einbringen können. Was die Frage der Sicherheit anbetrifft, so erkläre ich, daß sie durch die Ruhrbesetzung nicht gewährleistet werden kann. Die Frage der Sicherheit liegt für Frankreich auf dem linken Rheinufer, was ich heute nachmittag in meiner Rede bemerken werde. — Die Sitzung wurde hierauf auf heute nachmittag vertagt.

In der Nachmittagsitzung der Kammer wurde die Generaldebatte über das Budget des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten fortgesetzt. Zunächst ergreift Herriot das Wort. Er erklärte u. a.: Wir haben uns in Frankreich bemüht, solide Grundlagen für den Weltfrieden zu schaffen. Dieser Idealismus hatte in Genf den Sieg davongetragen. Wir haben in Genf dargelegt, daß Gerechtigkeit ohne Macht ohnmächtig ist und daß die Macht ohne Gerechtigkeit für Tyrannen führt. Im Protokoll von Genf sind die Grundzüge niedergelegt, von denen sich Frankreich leiten läßt. Auch Sanktionen sind möglich, vorausgesetzt, daß sie nicht gegen den Geist der gesamten Friedenspolitik verstoßen. Damit ist bewiesen, daß das Protokoll von Genf die alten Rechte Frankreichs in keiner Weise schmälert. Frankreich hat den Vork zuerst unterzeichnet; es erneuert nunmehr die Unterzeichnung auch der anderen Großmächte.

Der Abgeordnete Briand unterbrach mit der Erklärung, er habe das Protokoll unterzeichnet und er glaube, daß das eine Tat sei, der man die größte Bedeutung beimessen dürfe. Die in Genf geschaffene Internationale der Nationen könne der Welt den Frieden geben. Herriot sprach auch von dem ehemaligen deutschen Kaiser. Es sei unmoralisch, daß der, den den Krieg entsetzt und genährt habe, jetzt ein behagliches Leben führe. Wenn man die Kleinen opfern und die Großen nicht bestrafe, beruhige man die Völker nicht, und die Unmoral würde dadurch ermöglicht. Deshalb müsse er den Freunden Frankreichs zurufen: **Recht Euch in Acht!** Zum Schluß seiner Rede sagte Herriot: Ich habe mit tiefer und innerer Überzeugung gesprochen und ohne Leidenschaft und Haß. Frankreich leant seinen Haß. Meine Politik ist darauf gerichtet, dem Wiederaufbau Europas zu dienen und mein heißester Wunsch ist, daß eines Tages die Vereinigten Staaten von Europa gegründet werden. Möge dies durch den Völkerbund geschehen, aber es darf nicht sein, daß auf der einen Seite eine großmächtige Demokratie steht, die leicht verzögert, und auf der anderen Seite eine Demokratie, die ihre Pflicht nicht erfüllt. Ich will den Frieden Europas und der Welt, aber ich fordere zunächst die Sicherheit meines Landes.

Nach dem Bericht der Agentur Savaas schickten sämtliche Kammermitglieder außer den Kommunisten starken Beifall. **Verleumdungsprozeß Auer**
Ein bayerischer Fall Gert
München, 27. Jan. (Sig. Bericht.) Am Montag vormittag begann vor dem Amtsgericht München der Verleumdungsprozeß des Genossen Auer gegen Winter, Kämpfer und Tanzmeier, über dessen Inhalt wir bereits in einem Bormort berichteten. (Siehe die vorgelegte Nummer unseres Blattes.) Der Vorigende verlas zunächst die inkriminierte Flugschrift Winters im Wortlaut. Darauf erklärte Winter in kurzen Ausführungen, daß sein Ausschluß aus der Sozialdemokratischen Partei auf Grund dieser Flugschrift als zu Unrecht erfolgt sei, da die sozialdemokratische Parteileitung in München bei der Unterjuchung gegen das Verhalten Auers gar nicht ernst vorgegangen sei. Bis zum Beweise des Gegenteils könne er von dem Inhalt der Flugschrift nichts zurücknehmen. Kämpfer erklärte, daß er auf das energischste die Verbreitung der Flugschrift bekämpft habe und daß ihm in dieser Tätigkeit leider die Polizei in die Arme gefallen sei. Die Vorwürfe gegen Auer fasse er zusammen: Auer habe sich in der Klasse während des Krieges durch Kontributionsgelder bei der französischen Bevölkerung bereichert und sei auf diese merkwürdige Art plötzlich zu Geld gekommen. Innerhalb der Partei arbeite er lieber mit Betrug und Verschönerung von Bösen. Rechtsanwalt Riecknecht wieder darauf hin, daß Auer's Verbrechen im großen und ganzen daselbe sei wie das Gert's, indem er sich in die Leitung des Munitionsarbeiterstreiks hineindränge zu dem alleinigen Zweck, diesen Streik abzuwürgen. Genosse Auer machte dann eingehende Ausführungen über seinen Lebenslauf. Alle die Behauptungen über seinen Wohlstand, über die Kontributionsgelder und das Kaufen von Funktionen innerhalb der Partei gehörten ins Reich der Phantasie. Sie seien lediglich erfunden, um ihn unmöglich zu machen. Zuletzt fragte noch der Vorsitzende den Genossen Auer, ob er irgendwelche Beziehungen zu Auer gehabt habe oder noch habe, worauf Auer erwiderte: „Ausgeschlossen.“ Nach diesen Erklärungen der Parteien wurde die Verhandlung auf Dienstag vertagt, da inzwischen noch auswärtige Zeugen zu vernehmen sind.

Vor der Zeugenerhebung erklärte der Rechtsbeistand der Beklagten, daß die Behauptung unwichtig sei, als ob es sich bei dem Vorgabe seiner Mandanten um eine Aktion im Interesse der SPD handle. Daraufhin verlas der Rechtsbeistand Auer einen Brief vom 8. Januar des Rechtsanwalts Schmidtberger an den Auer, aus dem hervorgeht, daß die Vorbereitungen des Prozeßes unter Mitwirkung der kommunistischen Fraktion des Bayerischen Landtages getroffen wurden. Nachdem Winter und Kämpfer es abgelehnt hatten, die von der Klagepartei gewünschte Aufklärung über ihre Vergangenheit zu geben, wurde in die Berechnung der Zeugen selbst eingetreten. Bis jetzt sind insgesamt 51 Zeugen geladen, darunter der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins München, ferner eine Reihe von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären, der Chefredakteur des „Krisen-

„Bayerischen Kurier“, Professor Döberl, der Redakteur des „Miesbacher Anzeiger“, Wegner, der Räteführer Eisners Graf Auer und eine Reihe sozialdemokratischer und kommunistischer Reichstags- und Landtagsabgeordneter. Das erste Verhör galt dem Parteivorstehenden Genossen Winter. Er gab zunächst Auskunft über unnebensüchtige Einzelheiten innerhalb der Münchener Parteiorganisation aus der Zeit des Augsburger Parteitag, als bereits bekannt war, daß Winter und Kämpfer Material gegen den Genossen Auer sammelten. Das damals von Winter vorgelegte Material wurde ordnungsgemäß von den Parteinstanzen und zuletzt von der Generalversammlung geprüft, wobei letztere mit allen gegen drei Stimmen unter Beibehaltung einer ausführlichen Begründung erklärte, daß die gegen Auer erhobenen Vorwürfe haltlos seien.

Es folgte die Vernehmung des Zeugen Döberl, Sekretär des Sozialdemokratischen Vereins München. Auf die Frage, ob er wisse, daß Auer an Parteifunktionäre Geld gegeben habe, erklärte der Zeuge, wenn Leute, mit nur Parteifunktionäre, in Kontakt gekommen waren, sind sie zu Auer gegangen. Daß Auer an Parteifunktionäre Geld gegeben hat, um sie günstig zu machen, ist ausgeschlossen.

Der nächste Zeuge, Landtagsabgeordneter und Redakteur der „Münchener Post“, Dill, wies nichts davon, daß Auer den früheren Chefredakteur der „Münchener Post“, Tanzmeier von diesem Posten verdrängt habe. Tanzmeier habe ihm gegenüber auch niemals eine darauf bezügliche Äußerung gemacht. Auf die Frage, ob die Redakteure der „Münchener Post“ erkannt wären, daß Auer Chefredakteur wurde, sagte der Zeuge: „Eine Preis-Kommission wurde beauftragt, Auer als Chefredakteur anzufragen und der Redaktion davon Mitteilung zu machen. Darauf haben die Redakteure der „Münchener Post“ die Erklärung abgegeben, sie hätten gewünscht, daß man bei einer Reuanstellung von Redakteuren vorher mit ihnen Rücksprache nehme. Irrendneine Erklärung, daß die Redaktion es ablehne, daß dieser oder jener als Redakteur angestellt werde, war damit nicht verbunden.“

M. A. Brandmeier (zum Zeugen): „Nehmen Sie auf Grund irgendeiner Erfahrung mit Auer zu der Anschauung, daß seine grundsätzliche Anschauung mit der der Sozialdemokratie nicht übereinstimmt?“ — Zeuge Dill: „Wenn das bei einem von uns der Fall gewesen wäre, dann hätte er unbedingt die Konsequenzen ziehen müssen.“ — Die Verhandlung dauert fort.

Stahlhelm und Republik

Genosse Haber hat im Reichstag folgende kleine Anfrage eingebracht:
I. In Nr. 30 der „Magdeburgerischen Zeitung“ vom 17. Jan. 1925 findet sich folgende Notiz:
„Der Stahlhelm teilt uns mit, daß die als Ehrengröße beim Frontsoldatenange weinenden verabschiedeten Offiziere durch den Befehlshaber des Wehrkreises die Genehmigung zum Tragen der Uniform erhalten haben und daß Reichswehrgenossen auf Frontsoldatenange teilnehmen dürfen.“
II. Der Bundestag des Stahlhelms, der vom 16. bis 19. Jan. einschließlich in Magdeburg abgehalten worden ist, war wieder eine vaterländische Gedächtnisfeier, nach ein Vorkriegsfeier für die das Tragen der Uniform und die Teilnahme der Reichswehr gestattet werden kann. Vielmehr war er eine antirepublikanische Kundgebung, wie aus dem ersten Satz einer einstimmig angenommenen Entschließung hervorgeht:
„Die deutschen Frontsoldaten haben mit Entschlossenheit wahrgenommen, in welcher gefährlichen Weise die sozialdemokratische und demokratische Presse in das schmähliche Gerüchtersverfahren wegen Landesverrats des Reichspräsidenten Ebert eingegriffen versucht haben.“
III. Diese Entschließung macht bemerkt und in voller Absicht aus dem Märdere der Angelegenheit, um den höchsten Beamten der Republik und damit die deutsche Staatsform herabzuwürdigen. Dadurch ist unterstrichen, daß der Stahlhelm keine überparteiliche Organisation, sondern eine monarchistische Verbindung ist, die offene politische Propaganda treibt, wie der Bundesvorsitzende Seidte in einer seiner Reden an jenen Tagen mit den Worten betonte: „Wir wollen aber auch, daß in die Regierung Männer unserer Art und unseres Denkens gewählt werden.“ („Magdeburgerische Zeitung“ Nr. 32.)

IV. Mit irgendeiner vaterländischen Umgebung hätte der Stahlhelmtag nichts zu tun. Insbesondere nicht mit der Reichsgründungsfeier am 18. Januar. Diese ist in Magdeburg von den Deutschenationalen abgehalten worden, gesondert und mit eigenen Rednern. Der Stahlhelm hat sich darum nicht gesümmert.
V. Wir fragen, ob die Reichsregierung bereit ist, den Wehrkreiskommandeur für Sachsen und Thüringen in die Grenzen seiner Befugnisse zurückzuweisen, und was sie zu tun gedenkt, um ähnliche Verlegungen dieses oder anderer Wehrkreisbefehlshaber für die Zukunft unmöglich zu machen?

Die Zustände bei der Reichsbahn

Korruptionsprämi für höhere Beamte — Niedriger Lohn für Arbeiter und untere Beamte
Die ablehnende Haltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft gegenüber jedem Hinweis der Organisations auf die dringende notwendige Lohnerhöhung hat in den Reihen der Eisenbahner Beunruhigung und Erbitterung hervorgerufen. Der Generaldirektor der Reichsbahn hat zu berichten gegeben, daß eine Lohnerhöhung angesichts der Finanzlage unmöglich sei; eine Lohnerhöhung zwingt zu einer Entlastung der Lasten um 10 Prozent. Diese Erklärung hat jedoch ihren Zweck verfehlt. So hat z. B. der Deutsche Eisenbahnerverband bereits beschlossen, in einer am 30. Januar stattfindenden Konferenz des Vorstands und der Bezirksleiter zu der Lohn- und Arbeitsfrage Stellung zu nehmen.

Die Lage ist ernst, zumal die Reichsbahn-Gesellschaft mit den Gratifikationszahlungen und Leistungszulagen die Selbstüberhöhung der Eisenbahner auf eine schwere Probe gestellt hat. Weihnachten sollen an die leitenden Beamten Gratifikationen in Höhe von 6000 M. und mehr ausbezahlt worden sein. Es berührt sehr eigenartig, daß bis zur Stunde noch keine genauen Ziffern über die Höhe der Gratifikationen bekannt gegeben wurden. Genosse weiß niemand, nach welchen Grundsatzen die Verteilung der sogenannten Leistungszulage, die für das Jahr 1925 rund 30 Millionen beträgt, eigentlich vorgenommen wird. Wenn die Reichsbahn Zulagen geben will, dann sollte sie statt einer Korruptionszulage — nichts anderes ist die Leistungszulage in ihrer jetzigen Form — eine wirkliche Gehaltszulage oder noch besser eine ordentliche Lohnerhöhung zahlen.

Die Klagen der Reichsbahn, sie habe kein Geld für eine Lohnerhöhung, wirken nicht überzeugend. Klarheit über die Finanzlage der Reichsbahn ist dringend nötig, zumal ja auch das Reichsfinanzministerium keine Gehaltsüberhöhung der Beamten zahlen kann, wenn es den Einpruch der Reichsbahn befürchtet muß. Nicht der Reichstag, nicht das Reichsfinanzministerium, sondern die Reichsbahn hat die Befehlsgewalt und Lohnregelung in der Hand. Im Vermittlungsrat der Reichsbahn haben aber gewisse Herren aus der Arbeiter- und Beamtenbewegung die Eisenbahner Konventionen für die Inhaberschaft der Löhne für sich. Die Defensivität muß einmal auf diese Zusammenhänge und Rückstände hingewiesen werden. Die Reichsbahn hat vor der Übernahme der Regie pro Monat etwa 30 bis 40 Millionen

erübrigt. Die verkehrsreichsten Gebiete sind nun wieder in den Bereich der Reichsbahn einbezogen. Mit der Übernahme der Regiebahnen sind gewiss eine Menge Kosten verbunden, und man braucht nicht zu glauben, daß die Reichsbahn in Geld schwimmt. Aber so schlecht ist die Lage der Reichsbahn auch nicht, daß sie sich gegen jede Lohnerhöhung sträuben müßte.

Wie in der Lohnfrage, so zeigt der Verwaltungsrat auch in der Arbeitsfrage wenig soziales Verständnis. Schon längst hätten die Dienstvorschriften reformiert werden können. Ebenso hätte z. B. in den Werkstätten eine Verkürzung der Arbeitszeit um mindestens eine halbe Stunde auf 8 1/2 Stunden eintreten können. Gegen eine solche Verkürzung sind von den technischen Sachverständigen neumannerte Einwände nicht erhoben worden.

Die Eisenbahn tun gut daran, fröhlich mobil zu machen. Sie dürfen, wenn sie durch Erfahrungen gelehrt sind, nicht erst warten, bis die Bürgerlichpartei des Reichstages daran gehen, über die Einlösung ihrer Wahlversprechungen zu — reden.

Staat, akademische Jugend und politische Erziehung

Ein großer Teil der deutschen akademischen Jugend läßt sich von den trivialsten politischen Geschäftsmachern wie auch von den blödesten Phrasenrednern einfassen. Man darf ruhig sagen, daß ein großer Teil der akademischen deutschen Jugend in eine politische Verwahrlosung und Verlotterung hineingerührt worden ist, die auch vom Standpunkt des Staatsgedankens aus zu den schwersten Verlogenheiten Veranlassung gibt. Es ist bemerkenswert, daß selbst die „Nationalliberalen Korrespondenzen“ die folgende Klage ausspricht:

„Der die politische Betätigung und die politische Einstellung der akademischen Jugend der Nachkriegszeit beobachtet hat, muß von erster Sorge für die Zukunft von Staat und Hochschule erfüllt sein. Mit der Psycho: Jugend ist eben radikal, ist nichts gefragt. Die Jugend, insbesondere die akademische Jugend, hat nicht das Recht, extrem sich einzustellen, sondern die Pflicht, in der Politik auf den akademischen Wegen der Fortbildung nachzugehen, nach der Wahrheit zu ringen. Nicht Kommerz und Parabeln sind das Forum, auf dem der Geisteskampf um die politische Meinung ausgefochten wird, sondern die stille Klausur, in der man den Geist der Vergangenheit und das Wesen großer Führer zu sich sprechen läßt und die Helle der Diskussion, da man das geistig Erworbene auf seine Festigkeit prüft. Im Punkte politischer Erziehung ist in den letzten Jahren mit unierer national eingestellten akademischen Jugend Schlußfolgerungen gezogen worden. Es begann das große Verwerben um Arm und Seele des jungen Akademikers von Seiten, die früher den Einflüssen freimütigen mit dem geschmackvollen Namen „Bewirtung“ zu bezeichnen pflegten. Militärische Gelehrer und große Heerführer haben sich nicht als politische Erzieher unserer akademischen Jugend bewährt.“

Aus dem Freistaat Baden

Disziplinarverfahren gegen Universitätsprofessor Marschall v. Bieberstein

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Nachdem durch Berichte der Tagespresse, durch Hörensagen und durch ein Schreiben des badischen Senats an die Unterrichtsverwaltung öffentlich geworden war, daß die Festrede des ordentlichen Professors Freiherrn Marschall v. Bieberstein bei der Reichsgärtnerungsfeier der Universität Freiburg schwere Ausfälle gegen den heutigen Staat und einzelne seiner Repräsentanten enthalten hatte, hat das Unterrichtsministerium von dem Redner das Manuskript eingefordert. Professor Freiherr von Marschall hat es abgelehnt, dieser Forderung nachzukommen. Hierauf ist gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Badisches Gesetz für Beamtenfiedlung?

Das Heimstättenamt der deutschen Beamtenschaft hat gemeinsam mit dem Badischen Baubund G. m. b. H. in Karlsruhe und den Spitzenorganisationen der badischen Beamten und Lehrer eine dringende Eingabe an den badischen Landtag gerichtet, in der sofortige Maßnahmen zur Schaffung eines badischen Gesetzes für Beamtenfiedlung im Sinne der Beamtenfiedlungs-Vorordnung des Reiches verlangt werden. Mit letzterer hat man im Reich so gute Erfahrungen gemacht — über 2000 Heimstätten wurden auf ihrer Grundlage in den letzten 6 Monaten finanziert — daß deren Übertragung auf Baden für die badischen Staatsbeamten und Lehrer eine dringende Forderung ist. Hier ist ein Weg sozialer Hilfe gezeigt, der nicht nur den beteiligten Beamten zugute kommt, sondern durch seinen Einfluß auf den allgemeinen Wohnungsmarkt zur Linderung der Wohnungsnot beiträgt und so der Gesamtheit des Volkes Segen bringt.

Deutschvolksparteiliche Affäre gegen das Ministerium des Innern

Mit der von uns gestern kritisierten Vieltragerei im badischen Landtag und den wahren Ursachen dieser „Luzen Fragen“ beschäftigt sich in ihrer gestrigen Nummer unter obiger Ueberschrift auch die „Mannheimer Volksstimme“. Unser Parteiblatt schreibt:

Die Strejemenner sind jetzt überall am Werk, um durch Regierungskritiken und verhaschte Ministeritzereien der Rechte die politische Macht in die Hände zu spielen. Das fünf Mann starke Grippchen der Deutschen Volkspartei im badischen Landtag macht davon keine Ausnahme. Unter den uns aus Karlsruhe regelmäßig eingehenden Drucksachen unseres heimischen Parlamentes finden wir zwei Anfragen der deutsch-volksparteilichen Landtagsfraktion, die zwar in das unschuldvolle Kleid des Beamtenchupes gekleidet sind, in Wirklichkeit aber scharfe polemische Spitzen gegen das Ministerium des Innern bezogen gegen den sozialdemokratischen Minister Kemmle enthalten. Wir leuchten die Welle und kennen den Text, und wissen sehr wohl, auf was es den badischen Strejemenner ankommt! Man will das badische Innenministerium indirekt der Parteiloyalität gegen zwei bekannte deutschvolksparteiliche Beamte, den Ober-Regierungsrat Bauer im Hauptverwaltungsamt und den Leiter des Karlsruhe Besirksamts, Landrat Schaible, bezichtigen und dadurch den politischen Kredit des Ministers Kemmle sämmlern. Würde dies gelingen, dann verstände man in deutschen Spüren zu wandeln und auf Anschuldigung der Sozialdemokratie in der badischen Regierung zu drängen. Dabei in solcher Folge zwei formidale Anfragen wegen der beiden obengenannten Beamten.

Was liegt ihnen zugrunde? Die „Neue Badische Landeszeitung“ hatte in einer kleinen Notiz am 15. d. M. kritisiert, daß

Der neueste Raubzug der Ruhrindustriellen

Das Reich soll um Hunderte von Millionen geschöpft werden — Die Ruhrindustriellen lassen sich den Ruhrkampf vom Reich bezahlen — Angestellte und Arbeiter als Opfer des Ruhrkampfes erhalten nichts oder Bettelpennige — Das Budgetrecht des Reichstages soll in schwerster Weise verletzt werden

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erhebt scharfen Protest

Die deutsche Großindustrie hat neben dem Großgrundbesitz in der Hauptsache den Wahlkampf der Rechtsparteien finanziert. Die deutsche Großindustrie und ihre Kreise, wie auch die von ihr abhängigen Beauftragten in den Parlamenten sind die Macher der Bürgerblockregierung im Reich; sie haben auch die Krise in Preußen mit verursacht. Herr Dr. Strejemann, der ehemalige Syndikus sächsischer Industrieller, ist ihr eifriger Sachwalter. Die ökonomische und politische Knebelung der Arbeiterklasse, der Angestellten und der Masse der unteren und mittleren Beamten ist eines der Ziele, das die Parteien des Rechtsblocks und das hinter ihr stehende Großkapital erreichen wollen. Durch wunderliche Preisgestaltung wird das deutsche Volk ausgeplündert — zu dieser Ausplünderung soll sich auch noch die des Reiches getellen. Die Industriellen im Ruhrgebiet und Rheinland, denen der Ruhrkampf ungeheure Gewinne gebracht hat, wollen sich abermals vom Reich weitere Hunderte von Millionen zuzuziehen lassen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat am 27. Januar folgenden Brief an den Reichskanzler Dr. Luther gerichtet:

Die Vertagung des Reichstages hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gebietet, in öffentlicher Reichstags-Sitzung die Frage der Entschädigung der rheinisch-westfälischen Großindustriellen aus Anlaß des Ruhrkampfes zur Sprache zu bringen. Wir gestatten uns deshalb, Ihnen, Herr Reichskanzler, auf diesem Wege folgendes zu unterbreiten:

Nach Pressemeldungen ist vor einigen Tagen zwischen den zuständigen Reichsstellen und dem Ruhrverband ein Abkommen über den Ertrag der Schäden geschlossen worden, dem Vergütung während des Ruhrkampfes einfließen sind. Das Reich erkennt darin seine Entschädigungspflicht an und habe sich zur Zahlung einer entsprechenden Entschädigungssumme bereit erklärt. Die Verteilung der Entschädigungssummen des Reiches, auf die bereits höhere Abschlagszahlungen erfolgt sind, geschähe durch die Ruhrkohle-A.G. Die endgültige Verrechnung sei noch nicht vorgenommen worden. Auch der Zeitpunkt dafür sei noch nicht fest. Die Entschädigungsansprüche der Eisen- und Stahlindustrie sollen ähnlich geregelt werden.

Ferner ist durch die Bekanntmachung über Ruhrschäden vom 10. Dezember 1924, die anscheinend die formelle Grundlage für das vorerwähnte Abkommen darstellt, eine außerordentlich weitreichende Ausdehnung der Entschädigungspflicht des Reiches vorgenommen worden. Die Entschädigungspflicht, die bisher nur bis zum 31. Oktober 1923 bestand, ist auf alle Schäden ausgedehnt worden, die bis zum 15. November 1924 entstanden sind. Des weiteren werden künftig 5000 M. voll entschädigt (bisher 2500 M.), höhere Beträge mit 75 Proz. (statt bisher 25 Proz.). Außerdem ist die bisherige Höchstgrenze von 50.000 M. aufgehoben worden.

Diese Mitteilungen haben in der Öffentlichkeit eine große Beunruhigung hervorgerufen. Sie ist entstanden aus der Erwägung:

1. daß es sich bei dieser Maßnahme um den gewaltigen Betrag von mehreren hundert Millionen Goldmark handelt. Die Preile besitzt den Anspruch der rheinisch-westfälischen Großindustriellen allein auf 600 Millionen Goldmark,
2. daß Entschädigungen gezahlt werden nicht nur für den tatsächlich erlittenen Schaden, sondern auch für entgangene Gewinne,
3. daß den Entschädigungsansprüchen Breite zugrundelegen, die mit Rücksicht auf die Tragung der Weimarerlasten durch die Industrie weit über den Produktionskosten festgesetzt waren,
4. daß die Zahlungen erfolgt ohne gründliche und einwandfreie Nachprüfung der Schäden, sobald ein neuer Typus von „Ruhrgeinnulern“ geschaffen wird,

der Oberleutnant a. D. Bauer sich für die Reichsgründungsfeier der vaterländischen Verbände, welche eine Konturreisfeier an der von der badischen Regierung einberufenen Veranstaltung war, als Redner zur Verfügung gestellt hatte. Diese kurze Mitteilung gab die Presseabteilung, soweit wir unterrichtet sind, seitlos an das Hauptverwaltungsamt weiter, wo sie ähnliche Stellen wohl allen Ministerien und auch Reichsbehörden, wie Reichsbahn, Landesfinanzamt usw. ständig übermitteln. Dem Hauptverwaltungsamt hat sie ebenfalls bisher alle das Spruchverfahren und seine sonstige Tätigkeit betreffenden Zeitungskritiken zugeleitet. Bauer war bei der Dezemberwahl zweiter Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei und deshalb muß ihn die letztere schätzen; sie steht in der Heberzeugung der Rolle der „Neuen Bad. Landeszeit.“ eine Art Demagogie Bauers bei seiner vorgelegten Behörde und fragt nun in hochtrabenden Worten den badischen Innenminister, wie er diese Kontrolle eines Beamten mit dem verfassungsmäßigen verbürgten Recht der unbehinderten Ausübung der staatsbürgerlichen Tätigkeit der Beamten in Uebereinstimmung bringen wolle.

Es ist rührend, wie die Deutsche Volkspartei auf einmal um die politischen Rechte der badischen Beamten besorgt ist! Man weiß doch aus der Geschichte der badischen Nationalliberalen, daß sie in der Zeit ihrer schrankenlosen Herrschaft in Baden keinen Beamten im Staatsdienst erobert haben, der sich politisch zum Zentrum oder zur Sozialdemokratie bekannte. Der von der Deutschen Republik (das Hauptverwaltungsamt) ist eine Reichsbehörde bezahlte Oberregierungsrat Bauer tritt in einer Konturreis-Veranstaltung der badischen Regierung auf, kein Mensch trümmert ihm ein Haar, nur die faulstehende Presse weiß kurz auf diese seltsame Tatsache hin; aber in der Heberzeugung eines solchen Zeitungsauschnittes an das Hauptverwaltungsamt steht die deutschvolksparteiliche Landtagsfraktion bereits eine Vereinstückung der Beamtenreihen des ehemaligen Oberleutnants. Das ist doch harter Tabak! Nun, Genosse Kemmle wird wahrheitsgemäß den volksparteilichen Herren im Landtag die verdiente deutsche Antwort nicht schuldig bleiben!

Nicht besser sieht es mit dem sachlichen Inhalt der zweiten Anfrage. Wegen dem Landrat Schaible war das Disziplinarverfahren angehängt worden, weil in dem ihm unterstellten Bezirksamt Karlsruhe bei der Vereinstückung der Gefangenenlot für für Polizeigefangene durch den Hausmeister Mattmüller Inno-

5. daß bei der Bemessung der Entschädigungen weder die gewaltigen Gewinne durch Papiermarkkredite der Reichsbank, des Reiches sowie durch die Ausgabe von Notgeld und die bisher bereits gezahlten Entschädigungen, die sogenannte Lohnsicherung, berücksichtigt werden,

6. daß die Anerkennung der Ansprüche erfolgt auf dem Verwaltungswege, und daß die gesetzgebenden Körperschaften bei dieser gewaltigen Ausgabe überhaupt nicht befragt worden sind,

7. daß die durch das Abkommen zur Auszahlung gelangenden Beträge in dieser Höhe weder im Haushaltsplan für 1924 noch in dem für 1925 angefordert werden,

8. daß damit die Millionen Liquidationsgeschädigter, Vertriehener, Auslandsdeutscher und Inflationsgeschädigter, die mit Pfennigentschädigungen abgefpeißt worden sind, weit schlechter behandelt werden als die kapitalistischen Ruhrgehdigigten,

9. daß damit die Reichskasse so stark belastet wird, daß der Abbau der Massenbelastung gefährdet wird und gewaltige Ansprüche anderer Geschädigter hervorgerufen werden.

Singu kommt, daß den nach der Rückgabe der Weimarer-Behen an ihre früheren Besitzer von diesen fristlos entlassenen Angestellten und Arbeitern bisher von den Bergwertgerichten weder das Recht auf Beschäftigung noch auf Entschädigung zugesprochen worden ist. Der Gedanke, daß aus den Begleiterscheinungen des passiven Widerstandes die kapitalistischen Besenbesitzer unverdiente Bereicherung, dagegen die eigentlichen Träger des Ruhrkampfes nach den schon gebrachten ungeheuren Opfern jeder Art auch noch den Verlust der Existenz und die Ablehnung jeder Entschädigung erfahren sollen, ist unerträglich.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sieht sich deshalb veranlaßt, an die Reichsregierung das Ersuchen zu richten,

1. die Ausführung der mit der Ruhrkohle-A.G. geschlossenen Vereinbarungen sofort einzustellen,
2. die Ausführung der Bekanntmachung über Ruhrschäden vom 10. Dezember 1924 vorläufig einzustellen und
3. dem Reichstage sofort eine Denkschrift über die Vergütung der Ruhrschäden vorzulegen, die sowohl eine vollständige Uebersicht über die der Ruhrindustrie seit dem 11. Januar 1923 von allen öffentlichen Stellen gewährten Kredite und Entschädigungen enthält, als auch die Materialien, die zur Begründung einer uneres Erachtens unbedingt erforderlichen gesetzlichen Regelung der Entschädigungsansprüche notwendig sind.

Wir halten diese Forderungen für unsso berechtigt, als eine gesetzliche Grundlage für eine so weitgehende Ausdehnung dieser Entschädigungsansprüche uns nicht gegeben erscheint. Wenn aus der Reichskasse durch selbständige Entscheidung der Verwaltung so gewaltige Summen zur Auszahlung angewiesen werden könnten, würde damit jedes geordnete Budgetrecht des Reichstages illusorisch werden. Deswegen sehen wir in dem Vorhaben der Regierung eine Verletzung des Budgetrechts des Reichstages.

Angeht die gespannten Finanzlage des Reiches, die zur erheblichen Einschränkung der sozialen Fürsorge geführt hat, und der Ansprüche, die die Aufwertung der öffentlichen Anleihen und der Entschädigungen der Liquidationsgläubiger an die Reichskasse stellen, waren wie auf das ernsteste vor einer Anerkennung von unberechtigten Ansprüchen der Ruhrindustrie, die das Reich mit Hunderten von Millionen Goldmark belastet. Bereits jetzt hat die Ankündigung der erheblichen Entschädigungssummen zu einer Panne in Kontantpapieren an der Börse geführt, die den Millionen unberechtigter hohe Gewinne verschafft. Die beschränkten Mittel des Reiches dürfen nicht zur Bereicherung des Großkapitals führen, sondern müssen ausschließlich zur sozialen Fürsorge der Millionen Notleidender, insbesondere der bedürftigen Opfer der Inflation und des Ruhrkampfes dienen

vorarbeiten vorgekommen waren. Dieses Disziplinarverfahren war in der „Karler. Jg.“ kurz vermerkt und später hinzugefügt, es wäre längst durchgeführt, wenn Landrat Schaible sich nicht ständig auf der Reichstagsabfertigung befunden hätte. Und deswegen eine besondere Anfrage im Landtag! Der Minister Kemmle wird gefragt, wie sich die öffentliche Ankündigung der Dienstenthebung des Hausmeisters Mattmüller und des Disziplinarverfahrens gegen Landrat Schaible mit der Verpflichtung des verantwortlichen Ministers, das „Ansehen und die Ehre der ihm unterstellten Beamten zu wahren, vereinbaren ließe.“ Eine naive Auffassung dieser eifrigen Schützer der höheren Beamten! Nach ihrer Logik dürfte ein Minister überhaupt kein Disziplinarverfahren gegen einen beschuldigten Beamten einleiten, denn dadurch wird dessen „Ehre und sein Ansehen“ unter Umständen beeinträchtigt. Auf der andern Seite schiebt man dem Minister die volle Verantwortlichkeit für alle dienstlichen Handlungen der ihm unterstellten Beamten zu. Ist dienstliche Ehre! Die deutschvolksparteilichen Beamten Schaible und Bauer nimmt man warm in Schutz, gegen die Mitglieder der Presseabteilung der badischen Regierung — ebenfalls Beamte — zieht man stramm vom Leder! Wahrscheinlich sind sie weder deutschnational noch deutschvolksparteilich.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle. Karl Nißlas, Schuhmacher, alt 68 Jahre, Frieda Meß, alt 17 Jahre, Dienstmädchen. Salome Ansel, alt 76 Jahre, Witwe von Ludwig Ansel, Schlosser. Auguste Rechner, alt 68 J., Witwe von Julius Rechner, Privatmann. Katharina Seifert, alt 68 Jahre, Witwe von Wilhelm Seifert, Maler. Berla Siegel, alt 43 Jahre, Ehefrau von Heinrich Siegel, Küfer. Hilda, 2 J., Vater Karl Bauer, Schmied. Barbar Zeitvogel, alt 77 Jahre, Witwe von Anton Zeitvogel, Lokomotivführer. Stefanie Bierthaler, alt 22 Jahre. Lina Brenner, alt 30 Jahre, Ehefrau von Eugen Brenner, Metzger. Nador Schneider, Gelehrer, Chemann, alt 40 Jahre. Maria Cui, alt 54 Jahre, Ehefrau von Paul Anton Cui, Wirt.

Unterhaltung und Belehrung

Die Flüchtlinge

Roman von Johannes Linnankosti

15 Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

„So zahlt der Tawaste heim!“ freuten sich die anderen. Untela war gleichsam ihr Schutz. Aber wie lange? Dieser Gedanke ließ sie auch in solchen Augenblicken innerlich erbeben.

Zu einer noch ärgerlicheren Geschichte gab Untela selbst den Anlaß. Im Dorfe machte der Biß die Kunde, die Tawaste seien so gründliche Leute, daß sie sogar die Kartoffeln mit der Schale äßen.

Das erbitterte sie lange Zeit, aber niemand wagte, sich gegen Untela darüber zu äußern.

Schließlich konnte sich die junge Frau, als sie einmal am Frühstückstisch saßen, nicht mehr halten, sondern sagte ihnen, in bebendem Tone:

„Du könntest doch auch die Kartoffeln schälen, Untela — sie spotten nämlich im ganzen Dorfe, wir äßen Kartoffelschalen.“

Untela hielt im Kauen inne und sah groß auf.

„So verpöten sie die Tawaste wegen der Kartoffeln?“ sagte er — aus dem Tonfall war herauszuhören, daß es diesmal auch ihn berührte: „Nun“, fuhr er fort, „ich habe sie mein lebendes ungehäutet gegessen, aber wegen der Sünde habe ich noch keine langen Papiere zu unterschreiben gebraucht.“

Die Worte trafen — jeder begriff, daß sie die Neigung der Savolaxer zu Wechselgeschäften trafen.

Resitalo zwinkerte beiführend, auch die anderen lächelten eine Erleichterung.

„Und ich glaube“, sagte Untela mit stillem Lächeln hinzu, indem er absichtlich auffallend eine ganze ungehäutete Kartoffel in den Mund steckte, „ich glaube: wenn wir hier nur erst bis zur Neuzeit kommen, dann möchten diesen Savolaxischen Herrschaften die Schalen auch ohne Inhaft gut genug sein — wenn dann nur die da sind.“

Die anderen lächelten, in Rittas Augen aber bligte es auf. Sie hob den Kopf und gedachte für alle Savolaxer zu antworten. Doch erinnerte sie sich zugleich, daß sie ein Dienstmädchen war, und hielt es für klüger, diesmal zu schweigen.

Derartige kleine Szenen führten immer einige Tage vorwärts. Untelas inneres Gleichgewicht, seine ruhige Schlagfertigkeit und sein jugendlicher Arbeitseifer hielten gewissermaßen auch sie in diesem seltsamen Flüchtlingsdasein aufrecht, das wie an der Grenze von Traum und Wirklichkeit hin und her schwankte.

„Ein wunderbarer Mensch!“ dachten sie und empfanden nebeneinander Hochachtung und Furcht vor ihm. Bisher war Manta ihr unheimliches Schicksal gewesen, jetzt erhob sich Untela neben sie. Auf diese beiden konzentrierte sich alles, die anderen waren nur Augenzeugen dessen, was schließlich kommen sollte.

Untela selbst hatte die kleinen Reime eines Verdachts, die beim Auszug aus Tavastland in ihm hatten emporgewirbelt, ganz vergessen. Er hatte von Tag zu Tag immer mehr die Ueberzeugung gewonnen, daß sie mit dem Gut einen schönen Kauf getan hatten. Und wenn er auch schlecht gewesen wäre, hätte er ihn nicht bereut, denn er hatte ihn in ein neues, reiches, verzügendes Leben geführt, das sein Denken im Wachen und im Schlaf beschäftigte.

Der Gutshof und seine Zukunft waren für ihn jetzt alles. Er erinnerte sich kaum, daß er verheiratet war, und gegen Manta hatte er keinen Grund zur Klage — alles ging still und glatt.

Ein einziges Mal hatte jener alte Argwohn das Haupt erhoben.

Er war zufällig in die Küche gekommen, wo Ritta und seine Savolaxerin zu zweien herumarbeiteten, und hatte da das Bruchstück eines Satzes gehört: gerade, als hätten diese Tavastländer etwas —

„...haben auch, die Fremden etwas gemerkt?“ bligte es in ihm auf. Und er begann wieder in seinen Gedanken nach dem alten Verdacht und im Anschluß daran nach allerhand weiteren, während der Wochen gemachten Beobachtungen zu wühlen.

Etwas Geheimnisvolles erschien auch darin zu stecken, wenn man sie sich so als zusammenhängende Kette dachte. Das bestimmte ihn, sie gewissermaßen insgeheim im Auge zu behalten.

Und nicht ohne Ergebnis! Was ihm nicht Resitalo mit den Augen aus? Und die Burtschen — die hatten ebenfalls etwas, ganz gewiß!

Am folgenden Tage jedoch bemerkte er wieder nichts. Es begann ihn zu beschämen, daß er, ein alter Mann, so gegen seine eigenen Leute und Verwandten Verdacht geschöpft hatte, obwohl man sich für eine gemeinschaftliche Sache anstrengte. Jeder lebte natürlich nach seiner eigenen Art. Und daß das Leben in fremdartigen Verhältnissen für sie, die immer auf derselben Scholle gejeht hatten, weniger bequem war als für ihn — das mußte er doch begreifen.

So verzog sich diese flüchtige Wolkensfode. Ihm war wieder leicht und frisch wie die dem Sommer entgegengehenden Tage des Spätwinters, die man eben lebte.

IX.

Resitalo schlief in einer Nacht unruhig in seinem Bette und hatte einen Traum.

Ihm war, als sähe er in der guten Stube vor dem Spiegel und stütze sich mit der Schere den Bart zurecht.

Da bemerkte er mit Schauern, daß sein Bart und sein Haupthaar schon ganz grau waren. Und noch mehr: sein Gesicht war so hager, daß es nur noch aus Haut und Knochen bestand.

Er erschrak und fühlte sich in demselben Augenblick so schwach, daß die Schere in seiner Hand zitterte.

Er hatte nicht gewahrt, daß Hetta hereingekommen war.

„Ich weiß, weshalb du so abgemagert bist, Vater...“ flüsterte das Mädchen geheimnisvoll, dicht an seinem Ohr. Er wandte sich zusammenfahrend um.

„Haste nicht!“ rief er aufgebracht. „Du wehst nichts!“ Das Mädchen war unterdessen an die Türe gelaufen und rief von dort, boshaft lachend:

„Doch, ich weiß, gewiß, das weiß ich schon!“ Dann lief sie davon.

„Jetzt kommt es heraus, jetzt kommt es heraus, wo es auch das Mädchen schon weiß!“ haßte Resitalo. Er fühlte, wie er am ganzen Körper schwitzte.

„Wenn der Mensch anfängt zu schwitzen, siehts mit der Brust schlimm aus!“ fuhr es ihm durch den Sinn wie ein Todesurteil. Er fühlte, wie er vor Kälte bebte.

Doch zugleich bemerkte er, daß auf dem Hofe die Sommerhitze schien.

„Ich werde mich draußen etwas wärmen und darüber nachdenken, was zu tun ist“, überlegte er.

Er war so schwach, daß er nur mit Mühe auf den Hof gelangte. Dort warf er sich rüchlings auf den heißen Rasen.

Aber er vermochte nichts auszudenken, denn er bemerkte im selben Augenblick, daß seine Söhne beim Pferdestall standen. Bißtori sah gräßlich im Gesicht aus und peitschte mit dem Brustriemen wie wild auf Liina ein.

„Bist du denn toll geworden?“ rief Hanna, barockpösig zu den Burtschen laufend.

„Weshalb sagt der Vater nicht, wo er das gestohlene Geld versteckt hat, damit mans zurückbringen und sich mit den Leuten auseinandersetzen kann!“ rief Bißtori. „Schrei nicht so laut!“ bat Hanna.

„Ich schreie, jetzt soll es die ganze Welt hören!“

„Das ist recht!“ rief auch Kalle, mit den Zähnen knirschend und die Arbeitsgeräte über den Hof werfend. Resitalo fühlte, wie ihm der Angstschweiß am Körper herunterrannte. Im selben Augenblick sah er bei dem Speicher eine Schar alter Bekannter aus Tavastland laufend in den Hof kommen.

„Dort ist der Savolaxische Ausreißer!“ rief einer, auf Resitalo zeigend.

Resitalo wollte davonlaufen, fühlte sich aber so schwach, daß er sich nicht einmal aufsetzen konnte.

Die Schar bestand sich jetzt dicht vor ihm.

„Du bist doch ein arger Schelm, Resitalo,“ sagte der ganz vorn stehende Mann verächtlich. „Gib das Geld heraus!“

Resitalo schämte sich so, daß er nichts zu sagen vermochte.

„Weiß die Frau nicht, wo es ist?“ fragte der Mann wieder. — „Ein Mann redet doch mit seiner Frau?“

„Nein, ich weiß nicht“, versicherte die Frau mit Tränen in den Augen. „Ich habe von Woche zu Woche gewartet, aber er spricht auch mit mir nicht davon.“

„Ich weiß es!“ rief Manta auf der Treppe des Speichers, den Speicherschlüssel drohend in der Hand schwingend.

(Fortsetzung folgt.)

Keine Kriegsdorden mehr

Von Hans Bauer

Es hat schon etwas mit der Korrektheit der Deutschen auf sich. Nach dem Krieg haben sie sich reichliche fünf Jahre überlegt, mer alles von den ehemaligen Soldaten zu entschuldigen sei. Geld und Gut konnte als Entschädigung zwar nur in sehr bescheidenem Umfang in Betracht kommen. Einmal hatte das Guno während des Aufstandes in hohem Maße für die Schwerindustrie verbraucht, und zum anderen war die Regierung wohl der durchaus richtigen Ansicht, daß es als bedauerliches Zeichen einer Materialisierung ihrer Weltanschauung hätte gedeutet werden müssen, wenn sie Ideales mit Substantiellem vergelten hätte. Dagegen ist die Regierung bis in diese Tage hinein darum bemüht gewesen, Anträge auf Verleihung des Eisernen Kreuzes abzuwehren. Nunmehr aber hat das Reichswehrministerium mitgeteilt, daß jetzt unumwunden und ausnahmslos jegliche Verleihungen von Kriegsauszeichnungen, desgleichen die Beförderungen, Charakter- und Uniformverleihungen für die alte Wehrmacht eingestellt seien. Wieviel Hoffnungen nach diese Angliederung zertrümmert, in wieviel Herzen blutende Wunden reißt, wieviel Gemüter gar dem Staatsgedanken entfremdet! Das Ministerium gibt zu, daß nicht alle Kriegsdienste abgegolten sind — wobei es vornehmlich die Verdienste an ihm und die um seinen Ausbruch im Auge haben dürfte —, aber es sei das hohe Ziel absoluter Gerechtigkeit in der früheren Beurteilung der Kriegsverdienste nun einmal nicht erreichbar. Wir stimmen dem zu, denn wie wäre es sonst verständlich gewesen, daß wir im Felde häufig genug eine Durchsicherung der Richtlinien bemerkten, die doch offenbar für die Verteilung der Eisernen Kreuze aufgestellt waren, daß es denjenigen, die die Äugen offen hatten, oft genug widerfuhr, daß sie wertvolle Frontsoldaten mit Ordensbändern erblühten, die nach einem Offiziersburden oder einem Kriegerunteroffizier geradezu schrien.

Das Reichswehrministerium bittet, von weiteren Eingaben abzusehen. Es nimmt also aus seiner Erfahrung heraus an, daß ohne diese Bitte noch weitere Eingaben erfolgen würden, jetzt noch, zehn Jahre nach dem Kriegsausbruch und sechs Jahre nach dem unermesslichen Verlust, daß es schon fast eine halbe Generation nach dem Kriegserlebnis noch Menschen gibt, die durch eine Auszeichnung ihre Verbundenheit mit ihm behördlich bescheinigt bekommen möchten. Ich stelle mir vor, wie die Eingaben aussehen: Sie sind mit sauberer Handschrift auf Kanzleipapier geschrieben und erlauben sich, eine hochwohlgeborene Behörde auf die nachfolgenden Verdienste ergebenst aufmerksam zu machen. . . . Widrige Umstände hätten während des Krieges eine Würdigung der fraglichen Verdienste unmöglich gemacht.

Manchmal begegnet man auf der Straße Kriegerkinder, die am rechten Hodaufschlag einen silbrig glänzenden Fleck tragen. Wenn die Sonne darauf scheint und man nur flüchtig hinschaut, möchte man zuerst glauben, daß jene fleckig daneben genickt haben. Aber dann stellt sich heraus, daß es sich um die Nachbildung eines Stahlhelms handelt. Das ist ja nun eigentlich kein amüßlicher Trödel; aber er könnte mit ihm doch immerhin verwechselt werden.

Vielleicht befinden sich die beschränkten Eingaber trotz aller vorkühnen Klänge auf diese Möglichkeit eines Ausweges aus der

dampfen Qual ihrer Dergenssehnsucht; denn der unbedingte Vorteil, den für viele Brüste ein neuer Krieg brächte, möge immerhin die Kleinigkeit der Ungewißheit seines Ausgangs nicht auf.

Des hat er davon

Von Hans Bauer

Die Aufhebung der Münzberger Morde, die zu den graulichsten in der ganzen neueren Menschengeschichte zählen dürften, hat nun doch zur Verurteilung einer der Schuldigen geführt. Wer befürchtet hatte, daß der Selbstmord des Mörders Dente der irdischen Gerechtigkeit in dieser Sache zu tun nichts mehr übrig lasse, sieht sich erfreulicherweise getäuscht. Nachdem es der Münzberger Polizei in früheren Jahren gelungen war, trotz Knochen- und Menschenfingerfunden in Dentes Hause, trotz Moordankfällen Dentes auf zwei Bettler, in herrlicher Selbstüberwindung den Verdacht zu besiegen, daß es damit etwas auf sich habe, war es bekanntlich der Handwerksburische Oltvier, der durch sein höchstes Schreien, als er ermordet werden sollte, die Aufmerksamkeit erneut auf Dente lenkte. Als seine Rufe Hilfe herbeigelockt hatten, sah er ja wohl ein, daß er eine Dummheit begangen hatte, die ihn, der eben dem einen Feinde entronnen war, einem anderen Feinde ausliefern würde. Er hat schließlich, weiter wandern zu dürfen, unter Umständen zu neuen Dentes, aber nicht ja nicht auf die Polizei zur Vernehmung geföhrt zu werden, mit der er, im Gegensatz zu Dente, zeit seines Lebens auf gespanntem Fuße gestanden hatte. Man konnte indessen seinem Rufe nicht willfahren. Und das hat er nun davon, der Handwerksburische Oltvier, daß er der Polizei den Menschenfinger aus der Hand liesserte. Nicht gerade wegen der Nichtsichtigkeit seiner Denunziation oder wegen der Mißverständnisse, die sein Hilfegebrüll verursacht hatte, auch nicht wegen Aufforderung zum Morde zwar, die in dem Anreiz erblickt werden könnte, den seine Person dem Dente für seinen Mordüberfall bedeutete, aber doch wegen S a u s b e t t e l e i; ist er jetzt in Münzberg zu zehn Tagen Haft verurteilt worden.

Die beiden Bettler, die es früher hübsch bleiben lassen, über den Anschlag Dentes auf sie die Polizei zu benachrichtigen, können sich ins Räucherlachen, wenn sie davon hören. Da sind sie doch die Schlaweneren gewesen. Sie haben sich schon davor gehütet, der Polizei die Mähsel der Aufdeckung schwerer Verbrechen durch die Aburteilung der Aufdecker zu verüßen.

Die deutschen Handwerksburischen aber möhen aus dem Falle Oltvier die einzige Lehre ziehen, die er zählet: Die Spitzhüte des Verbrechens an ihnen rufst gutwillen doch einmal aus, das Schwert der Polizei aber auch dann nicht, wenn jenes geföhren hat. Es erscheint also immer noch rätselhaft, sich dem Unfall der Spitzhüte als der Gewöhheit des Schwertes zu überlassen.

„Sage mir, mit wem du umgehst...“

Ja ja, meine Lieben, die Nationalisten. Das sind die wahren Deutschen und Christen, und wer nicht räuspert und spuckt wie sie, dem stecken sie auf die Brust das Arie. Und wenn er nicht ihre Gejunung heuchelt, wird ihm Ehre und guter Name gedeutelt. Denn auf dem Gebiet der Toleranz gebührt den Herren der Vorbertragung. Von echter Liebe zum Volk ist erfüllt, der hysterisch nach Blut und Machelkrieg brüllt, und wer's unterläßt, ist ein Lelchläter, ein Schwein, Marzipan und Hochverräter, und wär er der wackerste Heldenmann. Er liegt in den vaterländischen Bann und fällt zum Opfer dem edlen Systeme. Der feigt im Dunteln schleichenden Beme. Er wird „gefillet“ oder „umgelegt“. Wie der Wäcker-Jargon es zu nennen pflegt. Wird nicht bejehnet mit Gift oder Dolch, — Gift aber mo einen wirklichen Strahl. Einen Kamp, der die Arbeit schein wie die Pest und sich zu Mordlaten bingen läßt. Einen Schurken, den kein Gewissensbiß fröhrt. Der um schandiges Geld einen Weined schwört, Den preisen unsere Vaterländischen Als einfachen, biedern, geraden Menschen, Gedächten ihm Schutz mit schmerzender Hand. — Da föhlt man sich, Scheit's, gejunungsbewandert. — Ferdinand Madlinger

Theater und Musik

St. Eine Aufführung im Freiburger Stadttheater. Ernst Dacmeister, Verfasser der neuen fünfaktigen Tragödie „Aete“, die an einem der letzten Theaterabende in Freiburg zur Aufführung kam, hielt am Sonntag zuvor anlässlich einer Morgenfeier im Stadttheater einen einführenden Vortrag über die Richtlinien seines geistigen Schaffens. Er will der Welt eine neue klassische Tragödie vermitteln. Sie soll ein Gegenstück zur Formlosigkeit unserer Zeit, ein Gegenstück vor allem zum expressionistischen künzartigen Stil des Gegenwartsdramas sein. Vielleicht zielt das auf die vielen, deren Idee von Georg Kaiser ab. Die Tragödie „Aete's“ baut sich auf historischer Grundlage auf. Sie führt uns nach Syrakus zur Zeit des 4. Jahrhunderts v. Chr. Aete, die Schwester des künftigen Tyrannen Dionys des Jüngeren, ist mit dem ersten Dion benannt, der fern von ihr und seiner Vaterstadt, in der Verbannung lebt. Empört über die Willkürherrschaft seines lesterhäftigen Schwagers sammelt Dion ein Heer und belagert Syrakus. Von einem Leberläufer erhält er die sichere Kunde, daß seine tugendhafte Gemahlin Aete von Dion an dessen Günstling Timocrates „verschenkt“ wurde. Dion hofft, Aete werde den Tod der Schwägerin vorziehen, und nachdem er die Stadt zur Übergabe gezwungen, legte er seinen Gatten nahe, die ihr angetane Schmach mit dem freiwilligen Tod zu süßen. Dessen weigert sich Aete, denn nach ihren Gefühlen ist sie, obwohl ihr Gewalt angetan wurde, im Geiste treu geblieben. Der unermüdete Kampf ist wohl an ihrem Körper, den sie verachtet gelernt, nicht aber an ihrer Seele verübt worden. Die Hoffnung von Aete, der in Syrakus lebende berühmte Denker Plato werde ihrer Auffassung beistimmen, geht nicht in Erfüllung, auch er weiß als einzig möglichen Ausweg nur den Opfertod. Enttäuscht über ihre Weigerung, sich selbst zu töten, gibt Dion sein Weib auf offenem Markt der Verachtung preis. Sie wird hier, nach vergeblichem Bemühen, ihren Willen zum Leben zu rechtfertigen, von dem Hofeindonpriester durch einen Dolchstoß getötet.

Die Aufführung unter der persönlichen Leitung von Intendant Dr. A r ü g e r war eine ausgesüßte vorzügliche, die Bühnenbildner sind einfach, aber kunstgerecht. Auch die Sprache der Tragödie ist schönvoll, über die Tendenz kann man jedoch geteilter Meinung sein.

Aus der Partei

Märk. Soc. Partei. Nächsten Samstag abends 7 Uhr findet im „König“ ein Bildungsvortrag statt. Der Professor Wilhelm-Klarer wird sprechen über: „Die Entstehung der Welt und des Lebens. Alle Mitglieder, Volksfreunde und sonstige Einwohner sind eingeladen.“

J. V. Troelstra demissioniert. Genosse J. V. Troelstra hat aus Gesundheitsrücksichten seine Stelle in der Redaktion des holländischen Parteiorgans „De Volk“, seine Funktion im Vorstand der Partei, als Vorsitzender der sozialdemokratischen Kammerfraktion sowie die Vertretung der holländischen Partei in der Exekutiv- und im Bureau der Sozialistischen Arbeiter-Internationale niedergelegt. Ein Leiden, das ihn schon seit längerer Zeit von der Arbeit fernhält, hat ihn nunmehr zum Rücktritt von allen seinen Funktionen gezwungen.

Genosse Troelstra war seit vielen Jahren der anerkannte Führer der holländischen Arbeiter, der die niederländische Sozialdemokratie an allen hervorragenden Stellen sowohl im eigenen Lande, insbesondere im Parlament, als auch in der Internationalen vertrat. Als Vertreter seiner Partei gehörte er schon vor dem Kriege der Exekutiv- und Zweiten Internationalen an und hat während des Krieges in Verbindung mit dem holländisch-kanadischen Komitee, das die Stockholm-Konferenz veranstaltete, eine große Rolle gespielt. Auch nach dem Krieg hat er bei den meisten internationalen Versammlungen seine Partei vertreten; er wurde in Hamburg in das Exekutiv-Komitee und das Bureau der Sozialistischen Arbeiter-Internationalen gewählt.

Jugend und Sport

Fußball

SSB. Aue a. N. 1. — FC. Union 11 2:4 (2:0). Am Sonntag trafen sich obige Mannschaften auf dem Plage erigierten Vereins zum Freundschaftsspiel. Union fand sich in der ersten Hälfte nicht zusammen und hatte bis zur Pause gegen die Körperliche Überlegenheit Auer Mannschaft mit 0:2 das Nachsehen. Nach Halbzeit hatte Union umgestellt und vermochte durch glänzendes Zusammenwirken und flache Stöße den Gegner zu benütigen und mit 4 unhalbbaren Schüssen den Sieg an sich zu reißen. — FC. Union 1 weichte als Gast bei Freie Turner Müppur und schlug die letzteren mit 1:0 (10:0). — Union Jugend — Müppur Jugend 1:4. — Auf die außerordentliche Mitgliederversammlung von FC. Union am Freitag abends 8 Uhr sei auch an dieser Stelle hingewiesen.

Sozialdemokratische Arbeiterjugend, 4. Kreis

Tagesordnung für die am 31. Januar und 1. Februar auf dem „Kaiserbühne“ stattfindende 1. Hauptversammlung am 31. Samstag, 8. Jan., abends 7 1/2 Uhr, „Jugendwohlfahrtsfrage“. Referent: Bezirksjugendsekretär W. Dübau-Mannheim. Sonntag, 1. Febr., morgens 8 Uhr, 1. Bericht des Kreisleiters; 2. Kreisgruppenberichte; 3. Wünsche und Anträge; 4. Kreisjugendtag in Hamburg; 5. Kreisangelegenheiten. Die Delegierten haben die Mandate mitzubringen. Besprechung ist auf dem Saale, es erübrigt sich daher, diese mitzubringen. Mit „Freiheit“ Die Kreisleitung: E. Mann.

Gerichtszeitung

Freiburg. Ein Eisenbahnunfall vor Ger. 1. d. h. Am 17. Oktober, einem Reichtage, fuhr ein früherer Wagen der von Mühlheim kommende Vorortzug in Freiburg Hauptbahnhof auf einen zur Abfahrt bereitstehenden Schnellzug auf, dessen Speisewagen bei dem Zusammenstoß ziemlich heftig beschädigt wurde. Das Schöffengericht verurteilte den wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes angeklagten Lokomotivführer Arthur Hartmann, den Führer des Vorortzuges, zu einer Geldstrafe von 100 M oder 10 Tagen Gefängnis. Strafmildert man ihm seine bisherige gute Dienstsührung und die unzulänglichen Rahmenverhältnisse im Freiburg Hauptbahnhof zugute; als strafmildernde Umstände angesehen, weil er bei der Einfahrt in den Bahnhof die Geschwindigkeit nicht in der Weise verminderte, wie es die Dienstvorschrift vorschreibt.

Kleine badische Chronik

Freiburg. Bei der Klassen- und Rechnungsprüfung beim Arbeitsamt hatte sich ein Fehlbetrag von 2300 M herausgestellt. Daraus wurde gegen den Führer der Hauptkasse, Direktor Heinrich Boh, eine dienstliche Untersuchung eingeleitet. Die Staatsanwaltschaft hat gegen den verantwortlichen Hauptkassier, der den Fehlbetrag der Kasse ersetzt hat, ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Freiburg. Unter dem Verdacht der Brandstiftung in der ehemaligen Gasthalle der Brauerei Wulle in Mühlacker wurden der Schäfer Gottlieb Kaszemaier und sein Diensthelfer Emil Maier verhaftet. — Ein junger Mann verfuhr auf einer hiesigen Bank mit einem gefälschten Scheck 500 M zu erheben. Als er bemerkte, daß die Echtheit des Scheckes angezweifelt wurde, entfernte er sich. Er wurde aber ermittelt und zur Anklage gebracht.

Heidelberg. Zum Direktor des hiesigen Lehrerseminars ist nach einer Meldung des „Heidelberger Tageblatts“ der bisherige Rektor der Realschule in Sindheim, Reinhard Fischer, ernannt worden.

Heidelberg. Der Seismograph der Königsplatz-Station verzeichnete gestern morgen ein Erdbeben mit einer Fernentfernung von 9000 Km. Der erste Einschlag erfolgte um 5 Uhr 17 Minuten 51 Sekunden, die zweite Welle kam um 5 Uhr 58 Sek. Die lange Welle um 46 Uhr 15 Sek. Das Maximum erfolgte um 6.01 Uhr 15 Sek. Die Bewegung erreichte gegen 7 Uhr.

Mannheim. Die 23jährige Tochter einer hiesigen Familie hat sich durch Gift das Leben genommen.

Mannheim. Das unvorurteilliche Urgebot mit Schutzpatron hat hier zu einem schweren Unglücksfall geführt. In Metzger gab ein 16jähriger Tagelöhner aus einem Tellerol mehrere scharfe Schüsse ab und verletzte dabei einen 13jährigen auf der Straße spielenden Volksschüler sehr erheblich.

Dorheimersbach. Dienstag vormittag war der Müller und Fingeleibhaber Joseph Lehmann mit seinen Söhnen an den Mühlen unter sich begibt. Er wurde sofort von seinen Söhnen überwältigt, hatte aber sehr schwere innere Verletzungen davongetragen, die seine Aufnahme ins Offenburger Krankenhaus notwendig machten.

Stuttgart. Ein Postkassierer aus Mühlberg, der in einem Dinglingen angeheilt war, wurde dabei erdolcht, als er einen Brief aus Amerika, der mehrere Dollar enthielt, öffnete und sich das Geld aneignete. Eine bei ihm vorgenommene Hausdurchsuchung förderte belastendes Material zutage. Ob dem unglücklichen Beamten noch weitere Verletzungen zur Last fallen, muß die Untersuchung ergeben.

Waldshut. Dienstag abend vermalte im Albtal bei Hohenfels der 17 Jahre alte Oskar Huber von Buch bei Waldshut. Er hatte sich beim Holsfällen auf einen Felsen gestellt, rutschte aus und stürzte in die Tiefe. Er war sofort tot. — In Strittmatt wurde ein lediger Steuererheber festgenommen und bei der Staatsanwaltschaft Waldshut eingeliefert. Der ungetreue Beamte hatte sich Steuerunter-schlagungen von mehreren tausend Mark zuschulden kommen lassen.

Schlatt am Randen. Auf eigenartige Weise erlitt dieser Tage ein junger Mann nicht unerhebliche Verletzungen durch einen Sturz in den Fuß. Bei dem Landwirt Rudolf Kätle hatte sich in der Wohnstube eine Gesellschaft junger Leute zusammengefunden, als plötzlich ein in der Ecke stehendes, geladenes Jagdgewehr umstürzte und sich entlud, wobei der Sturz den 20jährigen Albert Zippert in den Fuß traf.

Dieser des Massenmörders Dente. Auch ein Kassierer ist dem Ministerberger Massenmörder zum Opfer gefallen. In der Bahnhofstraße wohnte seit einigen Jahren der aus Gießen stammende, ausgewiesene Körperlich gelähmte Jakob Schmidt. Dieser hat einen Sohn, der vor 23 Jahren auf die Waise ging und auch in Amerika weilte. Seit 8 Jahren fehlte von dem jungen Schmidt jede Nachricht. Nunmehr erhielt der Vater die Papiere des Verschollenen von der Untersuchungskommission und erfuhr auf diesem Wege die Ermordung seines Sohnes.

Gegen die Raubfunkenschwarzfahrer. Die Wünderer Gerichtliche beschlagnahmte fünf täglich mit Schwarzfahrern im Rundfunk. Die Urteile lauten auf 5-10 Tage Gefängnis bzw. 50-100 Mark Geldstrafe.

Konzert- und Theaterveranstaltung in der Festhalle in Ettlingen

Es war eine wohlgeplante, glänzende Veranstaltung, die die Arbeiterjugend und Arbeiterjugend von Anielingen und Ettlingen gemeinsam in der hiesigen Festhalle am verflochtenen Sonntag begingen. Kurz vor halb 8 Uhr trafen die Anielinger Gäste am Erbsengarten mit dem Altbaldobahn ein und wurden von den Sängern der „Eintracht“ Ettlingen mit einem Sänger-spruch begrüßt. Die Anielinger Musikkapelle stellte sich an die Spitze des hiesigen Junges und mit klingendem Spiel ging durch die Straßen der Stadt in die Festhalle. Diese hatte sich bereits schon von einem Konzert- und theaterfreundigen Publikum, von Mitgliedern und Freunden der Arbeiterbewegung angefüllt. Den Reigen der Vortragsfolge eröffnete die Musikabteilung der Ettlinger Naturfreunde mit einem flott gespielten Marsch. Nach einigen Worten der Begrüßung durch den Vorstand der „Eintracht“, Sonnabend, G. L. in Namen der Ettlinger Arbeiterjugend und -Sänger an die erkrankten Gäste betrat der Arbeiterjugendverein Anielingen das Podium. Mit frischen, gut gesungenen Stimmen trugen die Sänger den herrlichen Chor „Durchs junge Grün“ unter der sicheren Führung ihres Dirigenten Herrn Adolf Behle hervor. Wahre Begeisterung löste dies Lied aus, und man muß konstatieren, daß der Chorleiter es verstanden hat, das gute Material vorzüglich zu schälen und auszuwerten. Die recht starke Musikabteilung der Naturfreunde Anielingen gab einige Musikstücke zum Besten und auch hier kann man feststellen, daß die Schaltung eine gute ist. Der Arbeiterjugendverein „Eintracht“, der ebenfalls seit neuerer Zeit unter der Leitung des Herrn Behle steht, trat den schon öfter von ihm gehörten Chor „O Schicksal“ mit einer warmen Eingabe vor; wir hören das Lied noch nie so schön von ihm singen. Der Vortrag der, daß in letzter Zeit in diesem Verein fleißig gearbeitet wurde, und das reichlich vorhandene junge Stimmmaterial berechtigt zu den schönsten Hoffnungen. Gemeinschaftlich sangen die Arbeiterjugend der Anielinger Chor „Lob Poleson“ Abschiedsgrüße zu erziehen und die Sänger noch mit Liedern erstein, heitern und netzten Inhalts, die alle mit gleicher Begeisterung aufgenommen wurden. Des weiteren erfreuten die beiden Arbeiter-Krobaten Hauer und Bauer von Ettlingen die Zuschauer mit wahren Kunststücken, die aufrichtigen Beifall fanden. Ebenso fanden dankbare Anerkennung die Vorführungen der „Olympia“ Anielingen mit ihren Handlungen und den Marmorgruppen, sowie auch die Spramiden der Anielinger Dancetruppe. Schön und gefällig führten die beiden Geschwister Klump von dem Ettlinger Turn- und Sportverein das „Lochschöckel“ vor. Die Zwischenpausen wurden durch prächtige Vorträge der Anielinger Musikkapelle angefüllt. Dieser Teil des Programms fand bei allen Anwesenden beifällige Aufnahme.

Den Hauptpunkt des Programms bildete aber das Theaterstück „Der Vogel auf Mühlstein“. Dieses Schauspiel, das nach Hans Jakob von Anton Vriel für die Bühne bearbeitet ist, erfüllte die Erwartungen aller der zahlreichen Teilnehmer. Mit großer Spannung und Aufmerksamkeit folgten sie der entwickelnden Handlung. Eine Strebegeschichte, die durch die Salzharrigkeit des Mühlsteins ein ungeländliches Ende findet, ist das Motiv des Stückes. Die Gedankenwelt ist allen verträglich und es ist eine Sprache, die dem Reimabdruck enttauchen ist. Die Rollenbesetzung ist wirklich eine gute; man muß schon sagen, die Anielinger haben sich schon eingelebt in das Stück. Und die Theaterbühne unserer Festhalle eignete sich vorzüglich. Besonders gut waren die Hauptrollen besetzt: die des Post, seiner Tochter Magdalena und ihres Partners des Oellers Hans. Gute Leistungen wurden in den Rollen des Fernersbauers, des Schankwirts, dem Gottli und der Mäi geboten. Klar und wahrheitsgetreu gab sich auch der Cepp, der Mitternub. Die Gesänge waren gut einstudiert, sowohl die Solos, als auch die des Chores. Am ganzen merkte man eine tüchtig führende Hand. Die Regie lag in den Händen des Herrn Chorleiters Behle. Mit großem Beifall dankte die Zuschauerschaft für das Gebot und man hörte nur Worte des Lobes und der Befriedigung über den schon verlaufenen Nachmittag. Alle wiesen den Arbeiter-sportler und Sängern von Anielingen und Ettlingen besten Dank für diese Stunden der Erbauung und Erholung.

Markt und Handel

Sowjet-Rußland auf der Frankfurter Herbstjahrmesse. Die Handelsvertretung der russischen Republik in Deutschland wird sich an der Frankfurter Herbstjahrmesse (Allgemeine Messe vom 19. bis 22. April, Technisch-Messe 17. bis 22. April) mit einer Sonderausstellung kunstgewerblicher Erzeugnisse der russischen Volkskunst beteiligen. Im Hinblick auf die hervorragenden Leistungen russischer Volkskunst hat das Mehanat der Handelsvertretung für die Ausstellung den Appellat in Laufe der letzten überlassen. Es ist damit zu rechnen, daß die Sonderausstellung russischer Volkskunst lebhaftes Interesse begegnen wird. Nähere Auskunft erteilt das Mehanat Frankfurt am Main, Hans Ofenbach.

Karlsruher Brief vom 28. Januar. Mehlung Getreide, Mehl und Futtermittel. Bei weiteren Anhalten der Festigkeit an den auswärtigen Börsen ist auch der hiesige Markt sehr fest. Der Weizen läßt nichts zu wünschen übrig, doch greift der Konsum immer noch sehr zögernd ein. Weizen neue Ernte handelsüblich 27.50—28.50 Gm., Roggen neue Ernte gesund 28.50—27. Sommergerste je nach Qualität 30—38, Hafer neue Ernte 19 bis 21.50, ausgeprochen milderwertige Ware entsprechend billiger. Weizenmehl Mühlenerbedeckung 44.75—45, zur Abnahme

fähiges Mehl billiger erhältlich. Weizen- und Roggenfuttermehl 17.25—17.50, Weizen- und Roggenkleie 15.50, Spezialfabrikate entsprechend teurer. Viertelreber 22.50—23.50, Malzkeime 18.50 bis 19, Speisefarbstoffe, gelblichgelbe 5.75—6.25. Raffinierter mittlere L. Vofes Weizenheu, gut, gesund, trocken 9—9.50, Luzerne 11.11.50, Weizen-Roggenstroh, drahtgepreßt 5—6, alles per 100 Kilo, Mühlensfabrikate, Mais, Viertelreber und Malzkeime mit Getreide ohne Sach, Fruchtbarkeit starke, Wagonpreise, kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge. — Abteilung Weine und Spirituosen: Bei starkem Besuch war die Stimmung recht uneinheitlich. In Weinen, besonders in badischen und pfälzischen, konnten besetzte Preise festgestellt werden. In Spirituosen dagegen war die Tendenz allgemein flau bei einer nicht unbeträchtlichen Ermäßigung der Preise, besonders für Rohbranntwein. Abteilung Kolonialwaren: Preise kaum verändert. Salzöl etwas schwächer.

Vermischtes

Die Farbigen in Belgien

Der Arbeiterjugend des Industriegebietes von Charleroi hat sich eine große Erregung bemächtigt wegen eines traurigen Zwischenfalles, der sich am Samstag abspielte. Auf dem 1. und 7. hiesigen Bezirk der Arbeiterjugend in einem Zugsaal im Streit, der alsbald in eine blutige Schlägerei und Messerscherei ausartete. Dabei wurden 3 hiesige Arbeiter durch Dolch- und Messerschläge, meist in den Rücken, getötet und einer lebensgefährlich verletzt; auch die Marokkaner scheinen erhebliche Verletzungen davongetragen zu haben. Schlägereien zwischen ausländischen und belgischen Arbeitern sind im belgischen Industriegebiet leider keine Seltenheit. Durch diesen Vorfall wird die Frage der Zahl der ausländischen Arbeiter wieder einmal in den Vordergrund gerückt. Im ganzen sind etwa 16 000 Ausländer in den belgischen Kohlengruben beschäftigt, darunter 3000 Marokkaner, die natürlich die schwierigsten Elemente darstellen.

Geschlechtskranke Kinder

Endlich tracht die Heuhelle. Der Professor Dr. Buchta (Univeritäts-Kinderklinik in Berlin) sagte neulich in einer Sitzung des Berliner Vereins für Schulgesundheitspflege, daß die Geschlechtskrankheiten an Kindern (an Knaben wie an Mädchen) in der letzten Zeit sich von Monat zu Monat erschreckend über die deutschen Kinder ausbreiteten; es sei höchste Pflicht, nach Abhilfemaßnahmen zu suchen. Bezugs aus Greifswald, Düsseldorf, Halle, Zettin, Götting, Mendenburg, Karlsruhe, Wiesbaden usw. befragten die Feststellung. Die Herzin der Fürsorgeanstalt Teltow gab an, daß in ihrer Anstalt 76 Prozent ihrer Mädchen an Geschlechtskrankheiten leiden, daß davon allein 47 Mädchen (im Alter von 12—13 Jahren) selbstverworbene Syphilis haben. Prof. Strauß betonte, in einem rheinischen Waisenhaus hätten 33 Prozent der verwaisten Kinder ebenfalls die selbstverworbene Syphilis. Als Anlaß der Anstetzung wählte Dr. Gumpert, der Assistent an der Berliner Univeritäts-Kinderklinik, die Verge-waltigung, die Vorfälle und besonders den geschlechtlichen Verkehr der Kinder untereinander nennen. Die Ursache dieser „neuen Kinderkrankheiten“ liegen durchweg in den trübsal-traurigen sozialen Verhältnissen, die der Weltkriege, den so viele Er-wachsene längst vergessen haben, geschaffen hat. Hunderttausende Familien in Deutschland haben nur einen Wohnraum... Daß in Berlin bis zu 14 Personen in einer Stube schlafen, ist keine Neuigkeit mehr, in zwei Betten einer solchen „Schlafstube“ wurden 10 schlafende Personen entbedt. Da wärmt sich einer an und an und dazwischen liegen die Kinder. Hingru kommt die völlige Verhinderung der Kinder dem Problem der Geschlechtskrankheiten gegenüber, und gerade bei den geschlechtlichen Erkrankungen der Kinder ist die Infektionsüber die Entstehung der Geschlechtskrankheiten und über die schlimmsten Folgen an Verhängnis. Darum wurde von den Ärzten verlangt, daß die Kinder in der Schule über das sexuelle Problem aufgeklärt werden sollen, ehe es zu spät wäre. Jenen wurde aber in jener Sitzung des Berliner Vereins für Schulgesundheitspflege von einem Kabinengen entgegengehalten, daß man mit solchen Erörterungen dem Kinde den Mitleidens von der Seele wische. Die Ärzte jedoch bestanden darauf, daß eine Vogel-Strauß-Politik gegenüber den erschreckend anwachsenden Geschlechtskrankheiten an Kindern jetzt nicht mehr möglich ist, und daß die Kinder aus dieser Gefahrenzone nur durch geschickte Aufklärung über das sexuelle Problem herauszureiten sind.

Kleine Nachrichten

Berlin. Der „Vorwärts“ meldet aus Köln, daß in dem heute verhafteten Straftäter 7 von der Polizei ein kommunistisches Munitionens- und Waffenlager entdeckt wurde. Es wurden eine fertige geladene Bombe, ferner Material für die Herstellung von 50 weiteren Bomben und außerdem Schußwaffen aller Art gefunden. Ein Teil der Waffen stammt aus dem hiesigen Polizeipräsidium, wo die Waffen anscheinend vor längerer Zeit gestohlen wurden. Der Wohnungsinhaber, ein bekannter Köhler Stammnisi, konnte verhaftet werden. Er gestand, daß die Bomben gegen die Feinde der kommunistischen Partei verwendet werden sollten. Ein zweiter, in dem gleichen Hause wohnender Kommunist konnte entfliehen. Der Leiter des roten Frontkämpferbundes in Köln wurde auf Anordnung der britischen Besatzungsbehörde verhaftet.

Berlin. 2 Kr. „malcol“ sei es gelungen, den Raubmörder, der seinerzeit den 24jährigen, aus Dessau gebürtigen Kandidat Erich Pannde bei Dammowig ermordet hat, in Reindorf zu verhaften. Es ist der 37jährige, aus Leipzig gebürtige Otto Straupe, der sich aufgrund falscher Papiere kurz vor Ort begeben hatte. Der Täter, der, wie sich inzwischen herausgestellt hat, im Mai vorigen Jahres auch den Mord an einem 13jährigen Mädchen begangen hat, hat bei seiner Verhaftung den ihm zur Last gelegten Raubmord sofort gestanden.

Kaiserberg (Kreis Gerdlehen). Auf der Chaussee von hier nach dem benachbarten Kemmerich haben jugendliche Verbrecher in Abständen von 15 Meter mehrfach hintereinander Stachel-draht in 50 Zentimeter Höhe vom Erdboden nur über die Straße gehoben. Ein abends spät der Chaussee entlanglaufender Radfahrer kam zum Sturz und erlitt dabei die gespannten Drähte. Die angelegten Ermittlungen der zuständigen Oberlandjägeri waren von Erfolg gekrönt. Die Täter sind zwei junge Burken aus Kemmerich.

Kreisheim. Auf eine Verfügung des eidgenössischen Politischen Departements hin werden die 9 marokkanischen Delegationen die sich aus dem Garnisonort Wisch bei Straßburg gelichtet hatten und in Mutzen festgenommen worden sind, nach Bellechasse verbracht, wo sie vorläufig interniert werden sollen.

Troja. Am Donnerstag unternahm 5 deutsche Studenten von Taos aus eine Tour nach Troja und kamen zu weit rechts. Sie gelangten auf die Stuppenalp, wo der Student Wilhelm Gienberger aus Leipzig über eine hohe Felswand hinaufstürzte. Seine Leiche konnte erst am Sonntag geborgen und nach Troja gebracht werden.

Karlsruher Polizeibericht vom 29. Januar

Unfälle. Gestern nachmittags 3 Uhr wurde ein 11 Jahre alter Knabe in der Hauptstraße beim alten Bahnhof von einem Kutschwagen überfahren. Er wurde mittels Krankenautos nach dem Städtischen Krankenhaus gebracht, wo ihm das linke Bein amputiert werden mußte. Der die Schuld trägt, konnte noch nicht aufgeklärt werden. — Ein 17 Jahre altes Mädchen fiel gestern vormittags beim Wäscheaufhängen in der Adlerstraße aus einem Fenster des 3. Stockwerks in den Hof, wobei es leichte Verletzungen davontrug. Das Mädchen wurde mittels Krankenautos in das Städtische Krankenhaus gebracht. In vergangener Nacht gegen 2 Uhr fiel in der Wielandstraße ein 37 Jahre alter verheirateter Hilfsarbeiter in angetrunkenem Zustande die Haustreppe hinunter und blieb bewußtlos liegen. Er trug eine Gehirnerschütterung und mehrere Schürfwunden am Kopf davon. Bei der Bormahme von Reparaturen der Dampfheizung im Keller des Städt. Krankenhauses explodierte gestern nachmittags ein Schneehäppchen. Durch die entstandene Stichflamme wurde ein 21 Jahre alter Heizungsarbeiter leicht verletzt.

In einer Wäschereifabrik wurde gestern nachmittags einer 15 Jahre alten Fabrikarbeiterin durch ein Stück Woll, das durch eine Welle ging, der Mittel- und Ringfinger der linken Hand abgetrennt. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde die Verletzte in das Städt. Krankenhaus eingeliefert. — Gestern Abend wurde ein 17 Jahre altes Mädchen, das mit einem Handwagen durch die Kaiser-Allee fuhr, von einem hinten kommenden Personentransportwagen erfasst und zur Seite geschleudert, wobei es eine Gehirnerschütterung davontrug. In bewußtlosem Zustande wurde das Mädchen in das Städt. Krankenhaus verbracht.

Letzte Nachrichten Die Berliner Arbeiterschlacht

Zu den schweren Zusammenstößen, die sich am Dienstag Abend in Berlin zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten im Anschluß an eine von 20 000 Personen besuchte sozialdemokratische Kundgebung ereigneten, wird noch berichtet: Wie die Blätter melden, wurden bei den getriggerten Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Mitgliedern des Reichstages Kommissar Schwarz-Rot-Gold im Anschluß an die sozialdemokratische Kundgebung im Berliner Sportplatz auf Seiten des Reichstages bisher über 20 Verletzte festgestellt, während auf Seiten der Kommunisten 5 Personen erkrankte Verletzungen davongetragen haben. Die Zahl der verletzten Kommunisten dürfte jedoch höher sein, da die Kommunisten ihre verbandelten Genossen überall in Sicherheit brachten, um sie der vollständigen Feststellung zu entziehen. Nach Mitteilung des Reichstages hatten die Kommunisten die Überfälle planmäßig vorbereitet.

Die gesamte Reichspresse nimmt mit schmerzhaftem Bedauern von diesen Zusammenstößen Notiz, die planmäßig von den Kommunisten vorbereitet und herbeigeführt worden sind. So hat beispielsweise die ganze Vorgang ist, so kann er vielleicht für Berlin eine sehr gute Wirkung haben; die oft geradezu lässliche und jämmerliche Nachgiebigkeit, die besonders die sozialdemokratische Partei in Berlin gegenüber den Kommunisten an den Tag legte, dürfte durch die kommunistischen Übergriffe am Dienstag vielleicht endlich ihr Ende erreicht haben. Unter Führung der ehemaligen Unabhängigen, aber auch mit Unterstützung von führenden SPD-Leuten, hat man in der Berliner Arbeiterschlacht gegenüber dem kommunistischen „Krautkuchen“ und Regelnummern eine Niederlage erlitten, die schwer fassbar auf die gesamte Berliner Arbeiterschicht eingewirkt hat. Die sentimentale Absicht, die Kommunisten seien die „Krautkuchen von links“, gab zu dem erwähnten und in jeder Beziehung falschen Gaudeln das Schwere. Und die Kommunisten wie die realistischen Parteien legten diese Haltung als Angst und Schwäche aus. Der Kampf gegen die Kommunisten muß überall, soll die deutsche Arbeiterschicht nicht dauernd geschädigt und sogar auf-

schwerte bedroht werden, mit rücksichtsloser Energie aufgenommen werden; jener sollten in keinen sozialdemokratischen öffentlichen Versammlungen Kommunisten das Wort mehr erteilt werden und überall müßten die nötigen Vorkehrungen getroffen werden, daß, wenn die Kommunisten in unseren Versammlungen sich irgendwie aufspielen wollen, sie sofort und sofort an die Luft befördert werden. Gegenüber den Kommunisten hilft nur eins: unbewegliche Entschlossenheit und — wenn es sein muß — eine kräftig zupackende Faust.

Finanz- und Statsfragen des Reichs

Berlin, 28. Jan. Im Haushaltsausschuß des Reichstages gab Reichsfinanzminister von Schlieben eine eingehende Schilderung der finanziellen Lage. Er sagte im einzelnen, daß es nur durch das System der Kontingenzierung der Reichsausgaben in Verbindung mit der wider Erwarten günstigen Entwicklung der steuerlichen Einnahmen gelingen würde, die Finanzwirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Gegenüber den Klagen der Wirtschaft über die starken steuerlichen Eingriffe der Finanzverwaltung wies der Minister darauf hin, daß es notwendig war, die durch entsprechende Einnahmen zu gebrachten Reichsausgaben durch entsprechende Einnahmen zu decken. In dem Mehrhaufommen der verfloßenen neun Monate in Höhe von 1 360 Millionen sind die Länder und Gemeinden mit rund 500 Millionen beteiligt, so daß ein Reichsüberschuß von rund 860 Millionen verbleibt. An außerordentlichen Einnahmen floßen dem Reich in dieser Zeit außerdem aus der Münzprägung 325 Millionen zu, so daß das Reich über Mehrereinnahmen von ungefähr 1 200 Millionen verfügt. Was die Verwendung der Zuschüsse anbelangt, so stehen diesem teilnehmenden Ueberschuß teils erledigte, teils bis zum Schluß des Etatsjahres zu erledigende Verpflichtungen des Reiches gegenüber, deren Höhe den Ueberschuß noch um etwa 140 Millionen übersteigt. Als solche Verpflichtungen aus überetatmäßigen Leistungen sind insbesondere zu erwähnen die Rückkaufanleihe, die jetzt größtenteils beendet ist, weiter kleinere Verpflichtungen des Reiches gegenüber der Reichsbank, die noch von den Markführungsgesellschaften der Inflationzeit herrühren, weiter erhebliche Beträge an die am belgischen Gebiet beteiligten Länder anlässlich der gewaltigen französischen Währungsänderung. Der Reichsfinanzminister rechnete damit, daß nach Abwicklung aller Verpflichtungen Ueberschüsse nicht mehr vorhanden sind, mit Ausnahme eines Betrages, der auf 140 bis höchstens 200 Millionen zu beschränkt sein werde und der den Betriebsfonds der Reichshauptkasse darstelle. Vor dem Kriege hatte das Reich einen festen Betriebsfonds von 600 Millionen.

Zu den Problemen, die neuerdings die Öffentlichkeit stark beschäftigen, gehören insbesondere die Beamtenfrage und die Aufwertungsfrage. Die Beamtenfrage als wichtigste Stütze des Staates muß jederzeit dienstfähig und dienstfähig erhalten werden. Das Reichsfinanzministerium legte dem Reichstag eine Denkschrift über die Gesamtentwicklung der Beamtenbesoldung vor. Dem Reichstag wird ferner demnächst ein Entwurf des Gesetzes über die zweite Veränderung der Personalabgabenverordnung vorgelegt. Durch den Gesetzesentwurf soll die Anwendbarkeit der Abgabenregel weiter beschränkt werden. Auch in der Aufwertungsfrage wird, so erklärte der Reichsfinanzminister weiter, meine Haltung bestimmt durch die vom Reichsanwalt abgegebenen Erklärungen der Reichsregierung. Ich bin durchaus der Auffassung, daß die Aufwertungsfrage nicht allein von fiskalischen Interesse beherbergt sein darf, sondern daß auch die Forderungen sozialer Gerechtigkeit unter Wahrung des Volkseinkommens der wirtschaftlichen Kräfte erfüllt werden müsse. Freilich muß bei der Regelung des Wohl des Volkseinkommens den Schädigungen Einzelner vorzuziehen und das Volkseinkommen der Wirtschaft möglichst hoch zu halten. Wie sich die Reichsregierung die Lösung der Aufwertungsfrage denkt, wird aus dem dem Reichstag vorgehenden Gesetzesentwurf zu ersehen sein. Jedenfalls würde die Lösung für die Wirtschaft engstirnig sein. Andernfalls würde immer wieder Vorkommnisse in die hineinragen und ihre Arbeit und Kreditfähigkeit beeinträchtigt. So weit die Leistungen in Verbindung mit der Aufwertung der öffentlichen

Anleihen vollzogen seien, würden in erster Linie solche Personen oder Anstalten zu berücksichtigen sein, die dem Vaterlande in der Zeit der höchsten Not ihre Ersparnisse oder Mittel zur Verfügung stellten und unter diesen Personen diejenigen, die durch die Entwertung in Not geraten sind. Ein Anspruch auf Berücksichtigung sei ferner denen auszuweisen, die unter dem Zwang der Rechtsvorschriften noch in der Zeit der Geldentwertung öffentliche Anleihen erworben. Entschieden sollte keine Stelle zum Nachteil der Verläßtträger teilmachen, die in Spekulationsabsicht in der Spekulationsperiode mit geringen Mitteln große Anleihen kauften.

Schwer einzuwickeln sei die Wirkung des dritten Punktes, die Regelung des Finanzausgleichs auf den Etat. Nach der dritten Steuerreform seien von Einkommen- und Körperschaftsteuern nicht weniger als 90 Proz. von Umsatzsteuern 20 Proz. den Ländern und Gemeinden zu überweisen.

Es sei ernstlich zu bedenken, ob hier nicht Einschränkungen notwendig erschienen, ob nicht in dem System der Verteilungen der Länder und Gemeinden ein gemeinsames Steuern eine Aenderung erwünschenswert sei. Man werde die Steuerentnahmen für das kommende Jahr und für die darauffolgenden Rechnungsjahre auf rund sechs Milliarden veranschlagen können, wovon aber gegen zwei Milliarden den Ländern und Gemeinden bestimmt seien. Der Gesamtbedarf des Reiches einschließlich der Ausgaben für Reparationszwecke werde sich in Summen bewegen, die mit etwa vier Milliarden Mark 1925 beginnen und bis 1930 auf mindestens 4900 Millionen steigen würden. Das ist in Anbetracht der voraussichtlichen Steuereinnahmen ein außerordentlich trübes Bild. Der Haushalt für die Kriegslasten erfahre infolge des Londoner Abkommens und des Sachverständigenrats eine grundlegende Umgestaltung. Der Reichsfinanzminister sagte weiter, er glaube nicht, sich darin zu täuschen, daß wir jetzt in finanzieller Hinsicht auf dem Wendepunkt stehen und daß deshalb den jetzt beginnenden Beratungen eine entscheidende Bedeutung zukommt.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages brachte bei der allgemeinen Aussprache nach der Rede des Reichsfinanzministers der Abg. Müller-Franken einen sozialdemokratischen Antrag, worin verlangt wird, daß 1. die mit der Ruhrkohle AG. abgeschlossenen Vereinbarungen sofort einzustellen; 2. die Ausführung der Bekanntmachung über die Ruhrschäden vom 6. Dez. 1924 vorläufig einzustellen; 3. dem Reichstag sofort eine Denkschrift über die Vergütung der Ruhrschäden vorzulegen, die sowohl eine vollständige Uebersicht über die den Ruhrindustriellen seit dem 11. Januar 1923 von allen öffentlichen Stellen gewährten Kredite und Entschädigungen enthält, als auch Materialien, die zur Begründung der erforderlichen gesetzlichen Regelung der Entschädigungsansprüche notwendig sind. Dieser Antrag soll in aller Ausführlichkeit vor dem Haushaltsausschuß behandelt werden.

Schweres Explosionsunglück

W.B. Landshut, 28. Jan. Gestern ereignete sich in der Nähe von Linden ein schwerer Unfallsfall. Die Arbeiter der Ueberlandzentrale der Pfälzwerke mußten bei Fundamentierungsarbeiten für eine Hochspannungsleitung Sprengungen vornehmen. Da die Explosion der Sprengstoffe nach längerer Zeit nicht erfolgte, wollten der Monteur Maus aus Mannheim und der Elektriker Reinhard Bohle aus Weleburg die Ursache der Verzögerung der Explosion feststellen. Als sie gerade an der Schußstelle angelangt waren, erfolgte die Explosion doch. Dem Bohle wurde der Kopf vom Stumpf gerissen und der rechte Arm und der Bauch aufgeschnitten. Dem Monteur Maus wurde ebenfalls der Kopf weggerissen. Er wurde etwa 10 Meter weit geschleudert. Beide hinterlassen Frau mit vier unmündigen Kindern.

Pfannkuch
Seigwaren
Bruch-Makkaroni 38 Pf.
Eier-Bruch-Makkaroni 48 Pf.
Spaghetti 55 Pf.
Eierflüßle
Eier-Hohlbacken
Pfannkuch

Dixie
Henkel's Seifenpulver
ist sparsam im Gebrauch und von ausgezeichneter Waschwirkung!

Billige Schuhbesohlung!
Herren-Leder-Sohlen u. Fleck Mk. 4.—
Damen-Leder-Sohlen u. Fleck Mk. 3.50
Gummi-Sohlen u. Absätze für Herren und Damen, je einmt, gepresst u. genagelt.
Gute Qualität. Beste Ausführung.
Sämtl. Schuhwaren und Schuhbedarfsartikel in großer Auswahl zu bill. Preisen.
N. Eisner, Kaiserstr. 23
beim „Weißen Löwen“ 5940

Korpulenz macht alt!
Fettleibigkeit wird durch die „Hegro“ Reduktionspillen beseitigt. Preisgekrönt mit goldenen Medaillen und Ehren diplom. kein starker Leib, keine starken Hüften, sondern jugendliche, schlanke, elegante Figur. Kein Heilmittel, kein Geheimmittel. Garantiert unschädlich. Aerztlich empfohlen. Keine Diät. Viele Dank-schreiben. Preis 4 Mark.
Hof-Apotheke, Karlsruhe, Kaiserstr. 201

Plakate
aller Art liefert rasch und billig
Buchdruckerei
Geck & Cie., Lützenstraße 24, Teleph. 128.

BERUFS-KLEIDUNG
ALLER ART
Herren-Anzüge
Sport-Anzüge
Windjacken
Vogelner Mäntel
Bredes-Hosen
feldgraue Hosen
Sonntags-Hosen
Mandacher-Hosen
engl. Leder-Hosen
Zwirn-Hosen
Lodenjoppen
sowie sämtliche Sorten Schuhwaren
offert billigst
Weintraub, Kronenstr. 52.

Altpapier * Alteisfen
Lumpen, Kupfer, Messing, Zinn, Blei sowie sämtliche Rohprodukte samt laufend zu ändernden Tagespreisen
H. Biesch, Produkte Durlach, Schloßstraße 403
Händler erhalten Vorzugspreise 77

Eine erfreuliche Nachricht!
Der altbewährte „Freiburger Fräuleinlaffee“ jetzt überall wieder in der vorzüglichen Zusammenfassung der Vorkriegszeit erhältlich!
Verwendungsmöglichkeit sowohl als selbständiges, schmackhaftes und gesundes Kaffeegetränk, wie als billiges Strohmittel für Bohnenkaffee.

Brennholz
trockene Bäre, Buchen und Tannen, in jeder Verarbeitung, liefert ab Lager und frei Keller zu billigsten Tagespreisen, die Gemeinnützige Beschäftigungsstelle
Zurlacher Allee 58, Kaserne Gottesau, Telephon 6423, 4761

Pfannkuch
Dörrobst
Neue Californische Pfälzwerke
42 und 52 Pf.
Neue Birnschnitz
35 Pf.
Neue Calamata-Kranzfeigen
44 Pf.
Pfannkuch

